Einzelpreis 80 Mark

Halle, Sonnabend, den 24. Februar

Jahrg. 1923 • Nr. 47

Schriftleitung: Harz 42/44. Fernruf Nr. 4667. Das „Volksblatt" erscheint mit Ausnahme der Sonntage u. Feiertage mit dem täglich. Unterhaltungsteil sowie den Beilagen „Den Frauen" und „Unserer Jugend". Unverlangt eingesandt. Manuskripten ist stets das Rückporto beizufügen. — Sprechstunden der Redaktion: mittags von 12 bis 1 Uhr. Das „Volksblatt" ist das Publikationsorgan der genossenschaftlich. u. gewerkschaftl. Organisat. u. amtl. Organ verschied. Behörden

Volksblatt

Tageszeitung der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Hauptgeschäftsstelle: Harz 42/44. Fernruf 4605. Buchhandlg. u. Anzeigenannahme: Gr. Ulrichstr. 27. Postscheckkonto Nr. 208 19 Erfurt. Bezugspreis für Februar: wöch. 400 Mk., monatl. 1600 Mk. inkl. Zustellungs-Gebühr. Für Selbstabholer 380,— Mk. wöchentl. bzw. 1520 Mk. monatlich. Durch die Post bezogen monatl. 1600 Mk. Anzeigenpreise: Die 10gespaltene Millimeterzeile 80 Mk., als Reklame im Textteil 300 Mk. Anzeigenannahme bis 9 Uhr vormitt. für die lfde. Nr.

Die städtischen Körperschaften in Bochum verhaftet.

Generalstreik der Gewerkschaften als Antwort?

Bochum, 24. Februar. (Eig. Drahtbericht.)

In Bochum wurde am Freitagnachmittag der gesamte Magistrat und die halbe Stadtverordnetenversammlung von den Franzosen ohne Angabe von Gründen verhaftet. Es liegt die Vermutung nahe, daß die Verhaftung wegen der Vorkommnisse am Donnerstag anläßlich der Besetzung des Amtsgerichts erfolgte.

Bochum, 24. Februar. (WTB.)

Gestern abend wurde von den Franzosen unter Aufwendung von zehn Tanks und zwei Lastautos die Stadtverordnetenversammlung aufgehoben. Verhaftet wurden der Oberbürgermeister, vier besoldete Stadträte und 18 Stadtverordnete. Bei den Stadtverordneten handelt es sich nur um solche, die nicht Vertreter der Arbeitnehmer sind. An jeden der Anwesenden wurde die Frage gerichtet, ob er sich verpflichte, alles zu liefern, was die Franzosen durch Requisition nicht erreichen könnten. Die Gewerkschaften beraten augenblicklich über einen etwaigen Generalstreik, der heute mittag beginnen soll.

Berlin, 24. Februar. (Sondertelegramm.)

Zu dem französischen Vorgehen in Bochum berichten die Blätter, daß in den Straßen gegen 600 Personen verhaftet wurden. Die beiden noch erscheinenden Zeitungen, das sozialdemokratische und das Zentrumsblatt, wurden unter schärfste Vorzensur gestellt. 15 Fortbildungsschüler, die verhaftet worden waren, wurden stündlich mit Reitpeitschen geschlagen.

•

Die Verhaftung der städtischen Körperschaften in Bochum stellt sich als das stärkste Stück dar, was bisher von der Besatzung geleistet worden ist. Die französisch-belgische Militärbehörde benimmt sich so tölpelhaft, wie sich eben nur eine Militärbehörde benehmen kann. Es sollte auch dem verblendetsten General klar sein, daß der Abwehrkampf im Ruhrgebiet durch derartige Narrenstreiche nicht erschüttert wird. Die Arbeiter, Angestellten und Beamten werden keinen Finger mehr der Herren Eindringlinge wegen rühren, weil diese die Kommunalkörperschaften verhaften. Das Gegenteil dürfte eintreffen. Wie aus einer der vorstehenden Meldungen ersichtlich, tragen sich die Gewerkschaften sogar mit dem Gedanken einer Protestaktion in Form eines Generalstreiks.

Interessant und charakteristisch ist an dem Vorgang, daß man die Arbeitnehmervertreter im Stadtparlament nicht verhaftet hat. Die Soldateska arbeitet also immer noch nach dem von Paris vor sechs Wochen mitgebrachten Rezept, die Arbeiter gegen das Bürgertum zum Nutzen der französischen Militärinvasion auszuspielen. Ein geradezu kindisches Unterfangen, das nichts anderes beweist, als daß seine Urheber von dem geistigen Entwicklungsgrade der deutschen Arbeiterklasse etwa soviel Verständnis wie die Esel vom Harfenspiel haben.

Weitere Uebergriffe.

Massenverhaftungen und Bankraub.

Essen, 24. Februar. (WTB.)

Die französischen Kolonialtruppen in Velbert, Kupferdreh und Werden wurden gestern wieder abtransportiert.

Der Bürgermeister von Oberhausen, der hiesige Bürgermeister sowie drei Regierungsbeamte wurden von den Franzosen **nach unbekanntem Ziel weggeschafft.** Die gleiche Maßnahme wendete man gegenüber sieben Mitglieder des hiesigen Bureaus der Deutschen Volkspartei an, das von einem aus 18 Köpfen bestehenden französischen Kommando besetzt wurde.

Gestern drangen zwei Zivilisten, von denen einer nur französisch, der andere deutsch und französisch sprach, in das Bankhaus Nathan u. Ko. ein, **verhafteten den Inhaber und raubten alle Valuten und mehrere Millionen deutschen Geldes.**

Regierungspräsident Dr. Grützner erhob bei General Denigneres Protest dagegen, daß deutsche Beamte der Verwaltungen des Staates und der Städte unter dem Vorwand einer Unterredung vor die Militärbehörden befohlen und dann verhaftet werden.

Das englisch-französische Geschäft.

Weiteres englisches Entgegenkommen Frankreich gegenüber.

Paris, 24. Februar. (WTB.)

Nach einer von Havas unter Vorbehalt wiedergegebenen, in London eingetroffenen Nachricht sollen die Besprechungen zwischen General Godley und General Payot in Köln zu einer **Annäherung zwischen der französischen Forderung und dem englischen Vorschlag geführt haben.** Man denke sogar daran, in den endgültigen Abmachungen zwischen den beiden Regierungen Garantien für Frankreich aufzunehmen, derart zum Beispiel, daß **bei einer Gefährdung der Sicherheit der französischen Truppen im Ruhrgebiet die Besetzung der Kölner Eisenbahnstrecken durch die Franzosen ausgedehnt werden könnte.**

Kommentar ist nach dem gestern in dieser Angelegenheit hier Ausgeführten überflüssig.

Vormittag 10 Uhr: Dollar 22500

Tendenz: Geschäftslos.

Kampf und Ziel.

Was ist notwendig?

Von F. O. H. Schulz.

Seit Beginn des Ruhrkampfes ist unser Bemühen darauf gerichtet, die Erkenntnis der Arbeiterschaft zu schärfen, daß das gegenwärtige Ringen ein internationaler Klassenkampf von ungeheuren Dimensionen ist. Der Inhalt dieses Kampfes greift weit über den Rahmen des rein Nationalen hinaus. Er ist im wahrsten Sinne des Wortes ein Ringen um die zurzeit erkennbaren höchsten Kulturforderungen, um Friede, Freiheit, Völkerversöhnung, um Beseitigung der rohen Gewalt im Konkurrenzstreit der Nationen, es ist ein Ringen um die Elementarkräfte des sozialistischen Gedankens. Daß dieser Kampf von der in erster Linie in Mitleidenschaft gezogenen deutschen Arbeiterklasse mit allen ihr zweckdienlich erscheinenden Mitteln und unter Aufwendung der größten Energie geführt wird, liegt im Wesen der sozialistischen Bewegung begründet. Eine Arbeiterklasse, die sich willen- und kampflos jeder Unterdrückung und Brutalität, komme sie von außen oder von innen, aufsetzte, wäre ein untaugliches Instrument zum Emanzipationskampf. Und es würde von ihr das bereits gestern von uns an leitender Stelle zitierte Engels-Wort gelten: „Ein Volk, das immer nur Hiebe bekommt, ist allerdings das wahre, um eine soziale Revolution zu machen." Die deutsche Arbeiterklasse, die die Befehle Poincarés, Degouttes und ähnlicher Geister nur sanft protestierend hinnähme, ohne sich gegen die Militärgewalt energisch zur Wehr zu setzen, hätte jedes sittliche Recht verwirkt, den inneren Feind in Form des Militarismus, des Kapitalismus oder **der Reaktion im allgemeinen zu bekämpfen.** Bei dieser Gelegenheit wollen wir auch nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß, wenn die Arbeiterklasse nicht die Führung im Ruhrkampf übernommen hätte, diese schon längst an den Nationalismus übergegangen wäre, der nicht lange zögern würde, die Welle des Chauvinismus gegen die Arbeiterorganisationen branden zu lassen, um sie zu zerstören. Die Arbeiterschaft würde in kürzester Frist in das Blutbad hineingerissen werden und zwangsweise die Opfer für den zur Wirklichkeit gewordenen Kriegswahnsinn zu stellen haben. Indem die Ruhrarbeiterschaft den Kampf mit den zweckdienlichsten Mitteln und unter Aufwendung der größtmöglichen Energie gegen den französisch-belgischen Militarismus führt, hält sie gleichzeitig den Nationalismus und Militarismus im eigenen Lande in Schach, diskreditiert sie die rohe Gewalt überhaupt und führt durch etwaige Erfolge den Bankrott des Militarismus und des Gedankens der Lösung von Völkerstreitigkeiten durch Brutalität herbei. Die deutsche Arbeiterschaft erfüllt darum in diesem Kampf eine der gewaltigsten Pflichten, die jemals einer Klasse auferlegt worden sind. Es geht um die Lösung der größten Aufgabe, die die gegenwärtige Geschichte überhaupt stellen konnte. Daß diese Aufgabe auf die deutsche Arbeiterklasse fiel, bedeutet natürlich für die Beteiligten ein schweres Opfer. Aber wir sind davon überzeugt, daß kein anderes Land über ein Proletariat verfügt, das in so hohem Maße wie das deutsche von seiner historischen Mission durchdrungen ist. Darin liegt klar genug ausgedrückt, daß im rein entwicklungsgeschichtlichen Sinne das gegenwärtige Ringen im Ruhrgebiet unter den für den allgemeinen menschlichen Fortschritt günstigsten Bedingungen vor sich geht.

Nur wer die Dinge historisch sieht und sich ernsthaft bemüht, die Ereignisse in den Gang der Geschichte einzureihen, wird zu einer gerechten und rechten Beurteilung des Ruhrkampfes kommen. Leider fehlt es in den Kreisen der sozialistischen Arbeiterschaft hier und dort an dieser Erkenntnis, was am augenfälligsten natürlich in der Parteipresse zum Ausdruck kommt. Einige Parteizeitungen begnügen sich damit, ihre gewohnte Kritikwalze über alle möglichen Dinge herunterzuleiern, andere gefallen sich in planmäßiger Nörgelei und erzeugen in den Massen eine billige Mißstimmung selbst gegen die eigene Partei und ihre führenden Köpfe, anstatt den Blick des Proletariats für den großen geschichtlichen Vorgang und seine Notwendigkeiten zu schärfen. Hier wäre es durchaus angebracht, auf die Forderung eines so ausgezeichneten Publizisten wie Franz Mehring hinzuweisen, der vom Journalisten verlangte, daß er seiner Zeit den Puls fühle. Denn wo der Blick für die Tageserscheinungen als Glieder im geschichtlichen Werdeprozeß fehlt, da stellen sich naturgemäß sehr schnell Oberflächlichkeit und Leichtfertigkeit in der Beurteilung der Dinge ein. Wie anders ist es zu erklären, daß beispielsweise Paul Levi, der sich gegenwärtig um die Verbreitung einer neuen Parteikorrespondenz müht, den Puls dieser ungewöhnlichen geschichtlichen Periode dadurch zu fühlen wähnt, daß er einen Leitartikel, der zweifellos wieder von einem halben Dutzend Parteizeitungen — mehr kommen erfreulicherweise nicht in Frage — aufgegriffen wird, mit folgenden höchst lächerlichen und abgegriffenen Vergleichen beginnen läßt:

„Zweifelt wer noch, daß wir im Kriege sind? Es sagen's uns die Blümelein, die hundert tapfere Kriegskorrespondenten uns täglich aus dem Ruhrgebiet senden, es sagen's uns die Vögelein, die täglich wieder in der Zeitung — unter dem Strich — die Liedlein von deutscher Kraft und deutscher Treue singen. Es sagen's uns auch so manche Dinge, die da und dort man keinen sieht. Ist auch kein Blut bislang noch geflossen, ist auch das Geschütz noch nicht in Stellung, ist auch die erste Granate noch nicht explodiert: diese läppischen Neutzerlichkeiten können morgen kommen und werden dann erst das richtige Relief geben, was — wie im richtigen Kriege — der tapferen Strebenten tapferste Leistung war: die Erfassung der Kriegsziele. Die „Frage des Kriegsziteles" ist wieder auf dem Tableau."

Wir sind die letzten, die die in der Entwicklung liegenden Gefahren und die Notwendigkeit der schonungslosen Kritik verkennen. Aber man soll keine billigen Witze reißen, wenn es um die Erörterung der höchsten Dinge geht, die heute jeden denkenden Sozialisten mehr als je beschäftigen.

Der Ruhrkampf hat für die deutsche Arbeiterklasse ein noch viel ernsteres Gesicht bekommen, seitdem sie weiß, daß sie ihn allein und auf sich selbst gestellt zu führen hat. Die hier und dort vorübergehend auftauchenden Meinungen, daß England, Amerika oder sonstwer zugunsten Deutschlands intervenieren könnten, sind durch die letzten Aeußerungen führender Staatsmänner aus den in Frage kommenden Ländern endgültig zerstört worden. Es unterliegt deshalb gar keinem Zweifel, daß, falls die deutsche Politik bisher auf solchen Meinungen basiert gewesen sein sollte, sie nunmehr eine ganz andere Richtung bekommen muß. Wir haben bereits vor einigen Wochen an dieser Stelle klargelegt, daß Verhandlungsbereitschaft keineswegs ein Zeichen von Schwäche zu sein braucht und daß Prestigefragen für die deutsche Politik keine Rolle zu spielen haben. Nun müssen wir rundheraus gestehen, daß für den Augenblick Anknüpfungspunkte für Verhandlungen nicht erkennbar sind. England, Amerika, Italien, waschen ihre Hände in Unschuld und die Neutralen zeigen keinerlei Neigung, sich die Finger am Bivaffeuer des französischen Militarismus zu verbrennen.

Wie aber liegen die Dinge in Frankreich selbst? Trotz heftigsten Alpdrückens in Paris sind die Herren um Poincaré und Foch eifrig dabei, die Kriegsrüstungen zu vermehren, weiteres Tank-Artillerienmaterial und ein vermehrtes Aufgebot von weißen, braunen und schwarzen Bedienungsmannschaften als Exekutivmittel des französischen Kapitals nach dem Ruhrgebiet zu entsenden. Die für Veröffentlichung in den Zeitungen bestimmten täglichen Kriegsberichte über die „friedliche Aktion" werden zwar täglich karger, täuschen jedoch noch im hohen Maße dem französischen Volke Siegesgewißheit und Erfolge vor. Inzwischen sinkt der Frank, wird das Brot teurer, schrumpfen die Zinsen der Rentner, gemessen am Kaufwert, auf ein Viertel der Friedenswaluta zusammen, steigt das Mißtrauen des französischen Volkes und läuft das Gerücht um, daß „etwas faul im Staate Dänemark" sei. Die Pariser Zeitungen bringen ungeschminkt ihre Meinung zum Ausdruck, und einige bürgerliche Blätter haben bereits unzweideutig gefordert, daß dem Ruhrabenteuer ein Ziel gesetzt werde. Die so zuungunsten Poincarés erschütterte öffentliche Meinung Frankreichs im Sinne einer Verständigung mit Deutschland zu beeinflussen, dürfte einer geschickten und verständig geleiteten Reichspolitik nicht schwerfallen. Wir wollen deshalb heute einmal die Frage nach den Voraussetzungen einer solchen Verständigung aufwerfen.

Die französische Politik ist in hohem Grade eine Frage des Prestiges. Darauf gilt es in allen Fällen Rücksicht zu nehmen. Und darum ist die Forderung unserer Nationalisten, daß Verhandlungen erst nach Räumung des Ruhrgebiete zu führen seien, abzulehnen, sie führt höchstens dazu, Frankreichs Kraftanstrengungen zu vermehren und den Kampf mit all seinen Nachteilen für die Wirtschaft zu verlängern. An einem Weißbluten beider Völker kann aber auch dem stärksten Fanatiker nichts gelegen sein. Der Hebel der Verständigung kann nur bei der oben skizzierten öffentlichen Meinung in Frankreich angesetzt werden. Der französische Sozialist Renaudel hat vor einigen Tagen im Pariser „Populaire" ausgedrückt, daß die Regierungspolitik tatsächlich nur durch die öffentliche Meinung zu beeinflussen sei. Eilen wir also, dieses Werk zu vollbringen! Wie kann das geschehen?

Von einer geradezu katastrophalen Wirkung in Frankreich ist der den Franzosen tagtäglich eingebläute Gedanke, das in 20 Jahren zahlenmäßig der französischen Nation um ein Doppeltes überlegene deutsche Volk werde nach Ablauf dieser Zeit ein furchtbares Rachegericht über Frankreich halten.

Diese Furcht ist das ausschlaggebende Moment, das die französische Psyche bei der Beschäftigung mit Deutschland beherrscht. Bisher hat noch keine deutsche Regierung ernsthaft versucht, diese Angstpsychose des französischen Volkes zu heilen. Man hat wohl dann und wann versichert, daß Deutschland friedlich gesonnen sei und entsprechend den Forderungen des Versailler Vertrages abgerüstet habe, im übrigen aber hat man sich darauf beschränkt, die bekannten Unterstellungen der Clemenceau, Tardieu, Briand und Poincaré mit Entrüstung zurückzuweisen. Praktische Vorschläge aber zur Entladung der französischen Spannung sind bis zur Stunde nicht gemacht worden. Dem französischen General Sarrail, dem Kommandeur der ehemaligen Saloniki-Armee, blieb es vorbehalten, einen Reparationsplan zu entwerfen, in dem auch die Forderung nach der Räumung der Rheinlande in gewissen Zeitabschnitten durch die Franzosen enthalten war, vorausgesetzt, daß Deutschland seinen Reparationsverpflichtungen nach besten Können genügen und sich verpflichten würde, zur Sicherheit Frankreichs für alle Zeiten keine Truppen im Rheinland und in den linksrheinischen Gebieten bis zu einer gewissen Linie zu garnisonieren, so daß Frankreich bei seinem eventuellen Angriff Deutschlands sofort den deutschen Truppen zuvorkommen und die Rheinlinie besetzen könnte. Hier gilt es anzuknüpfen. Die überwältigende Mehrheit des deutschen Volkes denkt nicht im Ernst an einen Krieg gegen Frankreich. Die Regierung aber hat dem Mehrheitswillen des Volkes zu genügen und ist verpflichtet, auch vernünftige Vorschläge des Auslandes aufzugreifen, wenn ihre Realisierung in der Linie des Volkswillens liegt. Eine offizielle Erklärung der Reichsregierung, daß in Anbetracht des unerschütterlichen Friedenswillens des deutschen Volkes und seines Wunsches, mit der französischen Nation dauernd in Frieden zu leben, eine Regelung der Militärfrage im Sinne des Sarrailschen Vorschlages oder ähnlicher Bedingungen ernsthaft von Deutschland erstrebt würde, müßte einen gewaltigen Widerhall im französischen Volk hervorrufen, einen heilsamen Einfluß auf die Revanche-Psychose ausüben und schließlich den nationa-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230224-16/fragment/page=0001

listischen Kriegsphantasien der Boulevard-Presse das Handwerk legen.

Das zweite Moment, das den Poincaré und Genossen das Kriegshandwerk in Frankreich so leicht macht, ist die planmäßig in die Köpfe der französischen Staatsbürger eingehämmerte Behauptung, Deutschland habe bisher nichts an Reparationen geleistet und wolle in Zukunft auch nichts leisten. Er erscheint uns deshalb an der Zeit, nochmals durch ein internationales Finanz- und Wirtschaftssachverständigen-Komitee die äußerste Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft und damit die Grenzen der Reparationsleistungsfähigkeit feststellen zu lassen. Die Reichsregierung hätte darauf die Pflicht, Frankreich noch einmal auf dieser Grundlage die Bereitwilligkeit zu Sach- und Geldlieferungen bzw. ein Verhandeln auf der festgestellten Basis anzubieten. Der so offen zum Ausdruck gebrachte gute Wille Deutschlands müßte der Hetze der Gewissenlosen in Paris bald ein Ende bereiten. Das Deutschlands Ziel bei erneuter Aufnahme der Verhandlungen darin gipfeln muß, seine endgültigen Verpflichtungen kennenzulernen und nicht weiter im Ungewissen gelassen zu werden, sei nur nebenher erwähnt.

Schließlich darf in einem solchen Angebot auch nicht unerwähnt bleiben, daß die deutschen Gewerkschaften nach wie vor von dem Wunsch beseelt sind, an dem Wiederaufbau des vom deutschen Militarismus leichtfertigerweise zerstörten Nord-Frankreich mitzuwirken, daß die deutsche Regierung nach endgültiger Regelung des Reparations-Problems die Sanierung der innerdeutschen Finanzverhältnisse wirksam und zum Nutzen der gesamten europäischen Wirtschaft durchführen wird, und daß Deutschland nach vorheriger Aufnahme in den Völkerbund — als gleichberechtigtes Mitglied natürlich — gern damit einverstanden ist, daß die Reparationsfrage durch den Völkerbundrat schiedsgerichtlich geregelt wird.

Stützen wir die französische öffentliche Meinung in diesem Sinne, so dürfte es nach unserer Meinung nicht ausbleiben, daß sie sich bald und stärker als bisher gegen Poincaré, gegen die Politik des nationalen Block und gegen die Vermessenheit der französischen Hüttenindustriellen wendet. Dieser Weg scheint uns gegenwärtig als der einzig gangbare.

Sollte Frankreich jedoch nicht bereit sein, diese Marschroute einzuschlagen, so müßten wir uns, so groß auch die Enttäuschung wäre, schmerzlich gedulden bis zu dem Zeitpunkt, wo die bessere Einsicht des französischen Volkes über den verhängnisvollen Irrtum seiner Führer den Sieg davonträgt.

Solange wird aber auch die Ruhr-Arbeiterschaft ihre Aufgabe erfüllen in dem Bewußtsein, Vollstrecker einer geschichtlichen Entwicklung zu sein, die nicht zur kriegerischen Barbarei, sondern zur Völkerversöhnung und letzten Endes zum Sozialismus führt.

Englische Eindrücke.

Unter dieser Ueberschrift veröffentlicht Breitscheid in der Freitag-Abendausgabe des „Vorwärts" einen Artikel über seine Londoner Reise, dem wir folgendes Wesentliche entnehmen:

Ich habe mich in der Hauptsache darauf beschränkt, unseren Freunden von der Labour Party ein Bild von der Situation in Deutschland zu geben, und mich darüber zu informieren, wie sie und die anderen politischen Gruppen über die Möglichkeit eines irgendwie gearteten englischen Schrittes zur Unterstützung Deutschlands dächten.

Die erste Aufgabe war recht einfach und leicht. Unseren Freunden waren die durch die französische Invasion geschaffenen Verhältnisse im großen und ganzen bekannt, und ich brauchte in den Besprechungen mit einzelnen Personen und in den Sitzungen der Parlamentsfraktion keine besondere Beredsamkeit zu entfalten. Sie wußten, welch schwere Schläge dem deutschen Volke und nicht zuletzt der deutschen Arbeiterschaft durch den französischen Imperialismus zugefügt werden, verurteilten ebenso scharf und einmütig wie wir die Politik Poincarés und sprachen mit bewundernder Sympathie von der gewaltlosen Abwehr der Gewalt, mit der wir der ganzen Welt ein leuchtendes Beispiel gäben. Ramsay Mac Donald, Charles Roden Burton, Tom Shaw, Philip Snowden und andere haben in vortrefflichen Reden im Parlament ihre Auffassung zum Ausdruck gebracht.

Eine ähnliche Stimmung wie bei ihnen fand ich bei der großen Mehrzahl der Liberalen, ja selbst bei einem Teil der Konservativen, wenn diese sich auch nicht dazu entschließen konnten, ihre Stimme für die Amendements der Arbeiter oder der Liberalen und damit gegen die konservative Regierung abzugeben. Die große Mehrheit der englischen öffentlichen Meinung lehnt das französische Vorgehen ab, und wenn sie deswegen auch noch nicht deutschfreundlich geworden ist, so beurteilt sie doch die deutschen Angelegenheiten jetzt objektiver, als es vor dem Einbruch in das Ruhrgebiet der Fall war.

Von einer solchen sympathischen Stellungnahme bis zu einer Intervention oder Vermittelung aber ist noch ein weiter Schritt. Man möchte im Grunde fast allgemein den Franzosen gern in den Arm fallen, aber man sieht einstweilen keinen Weg, der zum Erfolg führen könnte. Frankreich ist immer noch der Verbündete Englands, und man schreckt davor zurück, sich aus dem Verbündeten durch ein von diesem nicht beliebtes Vorgehen einen Gegner zu machen. Wenn eine englische Intervention in Paris abgelehnt würde, entständen ganz natürlich tiefe Verstimmungen, die auf die Dauer einen Konflikt heraufbeschwören könnten. Einen Konflikt aber will das englische Volk in seiner übergroßen Mehrheit unter allen Umständen vermeiden, denn nirgendwo ist die Abneigung gegen einen neuen Krieg größer als hier.

Das ist auch der Grund, aus dem in allen Parteien eine starke Strömung zugunsten der Entfernung der englischen Truppen aus dem Kölner Gebiete besteht. Man fürchtet Reibungen mit den Franzosen, die zu Verwicklungen führen würden, und ist eher geneigt, sich einstweilen überhaupt von dem Kontinent zurückzuziehen, als es auf Zusammenstöße ankommen zu lassen.

Verbotene Versammlungen.

Der Sozialdemokratische Parlamentsdienst meldet:

Das thüringische Staatsministerium hat die in den verschiedenen Städten geplanten Versammlungen der deutschvölkischen Freiheitspartei verboten, da sie glaubt Grund zu der Annahme zu haben, daß sie die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährden würde. Es ist bekanntgeworden, daß die Freiheitspartei die Absicht hatte, von außerhalb, wahrscheinlich von Bayern, Saalschutz für die geplanten Versammlungen heranzuholen.

*

Es wäre nur zu wünschen, daß mit derselben Entschiedenheit wie im sozialistisch regierten Thüringen auch in anderen Staaten gegen die Veranstaltungen der Wulle-Partei vorgegangen würde, die gegenwärtig das deutsche Volk planmäßig zur Gewaltanwendung gegen Frankreich aufreizt und darum eine große Volksgefahr darstellt.

Die Deutschvölkischen in Mecklenburg. Im Mecklenburg-Schweriner Landtag hat sich eine Fraktion der „Deutschvölkischen Freiheitspartei" gebildet. Im Rostocker Stadtparlament hat sich gleichfalls eine Scheidung in der deutschnationalen Fraktion vollzogen. Von den 16 Deutschnationalen sind 13 zur „Deutschvölkischen Freiheitspartei" übergetreten.

Herne, 24. Februar. (WTB.)

Gestern nachmittag wurde das Rathaus militärisch besetzt, weil sich die Beamten geweigert hatten, französische Befehle auszuführen.

Deutscher Reichstag.

Die Stützungsaktion der Mark. — Theorie und Praxis eines Deutschnationalen.

Berlin, 24. Februar. (Soz. Parl.-Dienst.)

Der Reichstag hat am Freitag das Notgesetz in zweiter und dritter Lesung verabschiedet. Genosse Krätzig leitete die Aussprache mit einer scharfen Kritik der Mängel ein, die dem Gesetz auch nach der Verbesserung im Ausschuß noch anhaften. Er rief der Regierung zu, daß sie sich mitschuldig mache am Untergange Deutschlands, wenn sie der Anarchie auf den Lebensmittelmärkten nicht steuere. Im einzelnen verlangte Krätzig unter sachkundiger Begründung Einschreiten gegen den Milch- und Zuckerwucher, Eingriff in das Treiben auf dem Viehmarkte und die Verhinderung der Ausfuhr von Zuchtvieh, die in hoher Blüte stände. Weiter forderte er Fortsetzung der Aktion zur Erhöhung der Kaufkraft des Geldes.

Der größte Spitzbube im ganzen Land sei der Devisenspekulant.

Es sei unerhört, daß die Reichsregierung trotz des ständigen Drängens der Sozialdemokratie tatenlos dem Dollar erst bis auf 50 000 habe steigen lassen, ehe sie eingegriffen habe. Wie ganz anders ständen wir heute da, wenn entsprechend den Forderungen der Sozialdemokratie schon etwa bei einem Dollarstand von 5000 die Stützungsaktion eingesetzt hätte. Die Rede Krätzigs fand auf der Linken und auf den Tribünen des Hauses lebhaften Beifall.

Ein schlimmes Mißgeschick ereilte gleich darauf den Deutschnationalen Bruhn, der einen antisemitischen Antrag begründete und dabei sich als Vorkämpfer gegen die Spielhöllen und gegen die Schlemmerlokale aufspielte. Von sozialdemokratischer Seite wurde sofort die „Wahrheit", das Blatt des Herrn Bruhn, auf den Tisch des Hauses gelegt und es zeigte sich, daß dieses Blatt in seinem Anzeigenteil so gut wie nichts anderes als Schlemmerlokale, Spielhöllen und seichte Theater anpreist. So sieht bei einem Sittlichkeitshüter wie dem Deutschnationalen Bruhn Theorie und Praxis aus. Gegen den Antrag des Herrn Bruhn, der abgeschwächt auch von den Demokraten und von der Volkspartei eingebracht wurde, und verlangte, daß bei der Unterbringung der Ausgewiesenen vor allem auf die Wohnungen von Ausländern zurückgegriffen werden sollte, wandte sich Genosse Sollmann. Er erklärte diese Anträge insofern als überflüssig, als nach der bestehenden Wohnungsmangel-Gesetzgebung in jede übergroße Wohnung, also auch in die von Ausländern bewohnten, Zwangseinmietung gelegt werden könne. Wer den Ausgewiesenen Aufnahme verweigere, versündige sich am Lande, ob er nun Ost- oder Westjude, ob er Arier sei oder welcher Rasse oder Religion er sonst angehören möge. Man müsse befürchten, daß die Annahme solcher Anträge zu einer Ausländerhetze führe, die uns

in der Welt nur schaden

könne. Der Antrag des Herrn Bruhn wurde abgelehnt, jedoch eine Entschließung Stresemann gegen die Stimmen der Linken angenommen, die verlangt, daß in erster Linie die Wohn- und Geschäftsräume von Ausländern für die Unterbringung Ausgewiesener in Anspruch genommen werden sollen. — Zum Art. 6 verlangte Genosse Hoch noch eine besondere Regierungserklärung, daß die Ermächtigung nicht zu einer Verschlechterung der sozialen Fürsorge führen dürfe. Diese Erklärung wurde von der Reichsregierung ganz eindeutig abgegeben, so daß die Sozialdemokratie auch für den Artikel 6 stimmen konnte. Gegen das Gesetz stimmten nur die Kommunisten, die aber auch für einzelne Paragraphen des Gesetzes gestimmt hatten.

Nächste Sitzung: Dienstag nachmittag 2 Uhr.

Preußischer Landtag.

Aufhebung des Staatsgerichtshofes abgelehnt.

Berlin, 24. Februar. (Soz. Parl.-Dienst.)

Der Preußische Landtag beendete am Freitag die Beratung des Justizetats und lehnte in namentlicher Abstimmung einen deutschnationalen Antrag auf Aufhebung des Staatsgerichtshofes in namentlicher Abstimmung mit 150 gegen 90 Stimmen ab. Es sollte dann die Beratung des Berichtes des Untersuchungs-Ausschusses über den kommunistischen Aufstand in Mitteldeutschland (März 1921) stattfinden. Da die Kommunisten, wie so oft, auch diesmal wieder nicht im Sitzungssaal waren, mußten sie sich eine willkommene Gelegenheit zur Verleumdung der Sozialdemokratie entgehen lassen und beantragten nachträglich, als sie ihren Reinfall erfuhren, den Bericht aufs neue auf die Tagesordnung zu setzen. Ueber diesen Antrag konnte natürlich, weil er absolut geschäftsordnungswidrig ist, nicht abgestimmt werden. Es folgte dann die allgemeine Besprechung des Landwirtschaftsetats, in der Genosse Wittich forderte, daß nicht nur der Kampf gegen den Wucher mit verschärften Mitteln geführt werde, sondern daß auch für die Produktion und Konsumtion der Lebensmittel eine Neuordnung nach gemeinwirtschaftlichen Grundsätzen erfolge. — Am Sonnabend wird die Beratung fortgesetzt.

Wirtschaftspolitische Rundschau.

Zur Stützungsaktion der Reichsbank. — Die Spekulation wird stutzig. — Der Ruf nach dem Reichsbankgold. — Dollarsturz und Warenmarkt. — Hemmungen des Preisabbaues. — Ungünstigere Konjunktur.

Beurteilt man die Stützungsaktion der Reichsbank allein nach den Devisenkursen, so ist ihr zweifellos ein erheblicher Erfolg nicht abzusprechen. Der Dollar ging von 50 000 bis unter 20 000 zurück. Es läßt sich allerdings zur Stunde nicht übersehen, ob dieser nach heutigen Begriffen schon niedrige Kurs längere Zeit wird anhalten können. Die Reichsbank versichert zwar, daß sie einen langen Atem habe, und die privaten Meldungen, an denen vieles Erfundene, aber sicherlich auch manches Richtige ist, bestätigen diese Auffassung. Trotzdem drückt die Nachfrage am Berliner Devisenmarkt den Wertstand der Mark seit Anfang dieser Woche wieder etwas herab. Der Dollar zeigt die Tendenz zum Steigen.

Einen weiteren heilsamen Erfolg hat die unvermutete und großzügige Aktion der Reichsbank zu verbuchen. Die wilde Spekulation ist stutzig geworden. Auch wenn die Devisenkurse wieder steigen, weiß kein Mensch, wann aus dem heiteren Himmel, der den Valutagewinnern so lange gestrahlt hat, plötzlich wieder der Blitz eines Dollarsturzes zwischen bestürzte Gemüter fährt. Es bestätigt sich hier, was die Sozialdemokratie immer wieder bei ihrer Forderung nach einer aktiven Währungspolitik betont hat, daß nämlich die enorme Entwertung der Mark zu einem erheblichen Teil auf spekulative Machenschaften und auf marktechnische Eigenheiten zurückgeht. Wenn niemand, der Mark verkauft, um dafür wertvolle Devisen einzukaufen, der Gefahr des Verlustes ausgesetzt ist, so kann jeder Esel in Devisentransaktionen Geld verdienen. Nicht viel anders ist es ja auch am Aktienmarkt, der stark von den Devisenkursen beeinflußt ist. Wenn in einer Zeit der größten Not des Volkes eingewanderte Galizier und arische Bankeleven zu Millionären werden können, so liegt das eben daran, daß innerhalb der ganzen Markbewegung es an der Gegenpartei gefehlt hat, derjenigen Partei, die nicht unbedingt Sachwerte und fremde Zahlungsmittel zu erhalten sich bestrebte, sondern an dem Besitz von Papiermark ein Interesse hatte. Wenn nun aber selbst das eigene Volk an dem Wert seiner Währung verzweifeln muß, weil die Mark, die man am Anfang des Jahres erhielt, am Ende des Jahres höchstens noch 5 Pfennig oder gar noch weniger Kaufkraft hat, so muß künstlich die Flucht aus der Mark in die Ware, in den Aktienbesitz und in fremde Devisen dauernd genährt werden. Das wieder muß unsere Zahlungsbilanz ungünstig beeinflussen, weil fortgesetzt Geld ohne volkswirtschaftliche Notwendigkeit in das Ausland abfließt und damit auch die sachlichen Gründe zu einer Verschlechterung des Auslandswertes der Mark schafft. Sobald aber das Interesse an der deutschen Währung geweckt wird, sobald das Volk wieder glauben kann, daß sich die Kaufkraft der Mark doch wieder einmal erhöht, sobald die Spekulanten, die vorher Devisen, Waren und Aktien gehamstert haben, auf dem Trockenen sitzen und die Gefahr der Entwertung ihres Besitzes vor sich sehen — in demselben Augenblick ist die Gegenpartei da, welche einer überstürzten Nachfrage nach fremden Devisen entgegenwirkt.

Um so mehr muß man bedauern, daß die sachlichen Vorbedingungen einer Stützung der Mark nicht sorgfältiger und früher geschaffen worden sind. Die Auflegung einer wertbeständigen Reichsanleihe, die man jetzt erwägt und die 200 Millionen Goldmark betragen soll, hätte längst vor Beginn der Stützungsaktion erfolgen müssen. Hand in Hand damit hätten regelnde Eingriffe in den Warenmarkt, auch Vorbereitungsmaßnahmen gegen den mit jeder Währungsbesserung eintretenden Rückschlag der Konjunktur getroffen werden müssen. Von dem notwendigen Stillstand der Notenpresse ist leider überhaupt noch nichts zu spüren. Jetzt erst, nach dem verblüffenden Erfolg des ersten Dazwischentretens der Reichsbank melden sich auch rechtsgerichtete, bisher jeder aktiven Währungspolitik abholde bürgerliche Oekonomen mit der Forderung, das Gold der Reichsbank zur Stützung der Mark in Anspruch zu nehmen. Als die Sozialdemokratie vor längerer Zeit, aber unter den gleichen Voraussetzungen, die jetzt nach der Besetzung der Ruhr nur deutlicher und drückender ins Bewußtsein getreten sind, die Verwertung eines Teiles des Reichsbankgoldes zur Hebung des Markkurses befürwortete, sprach man davon, daß die Sozialdemokratie den Goldschatz der Reichsbank der Entente ausliefern wolle. So wenig jetzt ein theoretischer Streit über diese Dinge angebracht ist, weil heute in der Tat die ganze Kraft des Volkes und die letzten uns noch verbliebenen Reserven zur Vermeidung größeren Unheils aufgeboten werden müssen, so notwendig ist es doch, sich diese Tatsachen ins Gedächtnis zurückzurufen. Hätte man damals auf uns gehört und wenigstens die Vorbereitungen für eine aktive Währungspolitik getroffen, so wäre ein Dollarstand von 50 000 nicht möglich gewesen und damit auch die Verwirrung des Warenmarktes ausgeblieben, die jetzt eine Stützungsaktion der Reichsbank herbeiführen mußte, nachdem sich die Inlandpreise den durch den Marksturz überhöhten Weltmarktpreisen angepaßt hatten und die notwendige Umstellung auf niedrigere Preise großen Schwierigkeiten begegnet.

Zu einem Teil liegt das in der Natur der Sache. Wiederholt wurde an dieser Stelle dargelegt, wie die Großhandelspreise beim Anstieg den Kleinhandelspreisen weit vorausgeeilt sind, so daß natürlich auch beim Preisabbau der Kleinhandel nur zögernd den Großhandelspreisen folgen kann. Man hätte eben den übermäßigen Anstieg des Dollars vorher verhindern müssen, wenn man die Rückwirkungen auf den Warenmarkt vermeiden wollte.

Nichtsdestoweniger müssen aber alle Hemmungen, die einem raschen Preisabbau entgegenstehen, beiseitegeschafft werden. Man darf sich hierbei keinen Illusionen hingeben: Ein nicht unerheblicher Teil der Warenpreise, insbesondere inländische Fertigfabrikate, haben sich selbst heute noch nicht auf einen Dollarstand von 20 000, also dem rund 5000fachen Friedensstand eingestellt. Berücksichtigt man obendrein, daß die Weltmarktpreise in Gold ausgedrückt immer noch auf dem anderthalbfachen Vorkriegsstand (im großen Durchschnitt) stehen, so ist ein Gleichstand der Preise bei einem Dollarkurs von 20 000 etwa erst erreicht, wenn die Inlandpreise auf dem durchschnittlichen Stand von dem 7500fachen des Vorkriegsniveaus erreicht wird. Das ist bei vielen Waren zweifellos nicht der Fall. Wo das aber nicht ist, kann man eine Preisermäßigung von einem Sinken des Dollarkurses auf 20 000 selbstverständlich nicht erwarten. Aber auf allen übrigen Gebieten, und es gibt deren in ausreichender Zahl, gerade bei den Lebensmitteln des freien Verkehrs, ist ein rücksichtsloser Preisabbau mit allen Mitteln zu beschleunigen. In diesem Sinne sind auch Erlasse des Landespolizeiamtes und des preußischen Handelsministers erfolgt. Es erweist sich aber immer mehr, daß auch die neue Gestaltung der Wuchergesetzgebung nicht wirksam genug ist, um einen beschleunigten Preisabbau zu begünstigen. Die Richtlinien, die der Reichswirtschaftsminister Becker (Hessen) über den angemessenen Preis herausgab, verfolgten den richtigen Zweck, der Geldentwertung Rechnung zu tragen, ohne gleich panikartige Preisbewegungen herbeizuführen. Man gestattete den Kaufleuten auf Ware, die sie früher eingekauft hatten und daher billiger abzugeben verpflichtet waren, eine gewisse Berücksichtigung des Wiederbeschaffungspreises, indem sie einen Geldentwertungsaufschlag je nach den steigenden Kosten der Lebenshaltung nehmen durften. Nun stiegen aber die Lebenshaltungskosten erfahrungsgemäß auch dann noch weiter, wenn die Großhandelspreise bereits im Rückgang sind. Die Anwendung dieser Richtlinien würde also zur Folge haben, daß ein Kaufmann auch dann Preisaufschläge zu nehmen berechtigt ist, wenn die Beschaffung neuer Waren bereits billiger geworden ist. Und das Recht dazu würde er daraus herleiten können, weil nach dem Rückgang der Großhandelspreise immer noch der Preis für Markenbrot, für Heizung, Beleuchtung und die Wohnungsmieten zu steigen pflegt. Eine solche Vorschrift würde also den durch Großhandelspreise bedingten Preisabbau leicht aufhalten können. Sie bedarf einer Abänderung, mindestens für die sogenannten Frischwaren, dann aber auch für viele Stapelwaren. Denn es ist unerträglich, daß sich das Fleisch und andere Lebensmittel inländischer Herkunft mit dem Dollarstand verteuern, der Preisrückgang aber durch die nachfolgende Steigerung der Lebenshaltungskosten aufgehalten wird. Der Schlüssel, nach dem die Berücksichtigung der Geldentwertung im Preise statthaft ist, erweist sich demnach als unhaltbar.

Die Aussichten der industriellen Konjunktur haben sich durch die Besserung des Markstandes und die damit wachsenden Exportschwierigkeiten naturgemäß verschlechtert. Es besteht die große Gefahr, daß die versteckte Arbeitslosigkeit, von der der gemeuchelte Rathenau seinerzeit in Genua sprach, jetzt in wachsendem Maße sichtbar wird. Es wird notwendig sein, hier Vorbeugungsmaßnahmen zu treffen. Der Kampf um die Ruhr, der sich täglich verschärft, würde darunter leiden, wenn im unbesetzten Gebiet eine steigende Arbeitslosigkeit eintritt. Das aber muß verhindert werden, damit die ungeheuren Opfer, die das Volk in der Abwehr der militaristischen und imperialistischen Uebergriffe bereits gebracht hat und noch täglich bringt, nicht nutzlos verpuffen.

Devisenkurse.

	Heute Mark (Geld)	23.2.23. Mark (Geld)
1 holländischer Gulden	8940	9000
1 dänische Krone	4370	4340
1 italienische Lira	1080	1080
1 Pfund Sterling	106500	107000
1 Dollar	22500	22500
1 französischer Frank	1500	1365
1 Schweizer Frank	4240	4270
1 tschechische Krone	665	660

Tendenz: Geschäftslos.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230224-16/fragment/page=0002

Das „Ruhropfer" der Landwirtschaft.

300 Milliarden-Liebesgabe.

Wir brachten bereits gestern die Meldung von der Erhöhung des Preises für Umlagegetreide gegen den Willen der Sozialdemokratie. Diese Erhöhung, die die deutsche Arbeiterklasse mit wuchtigen Schlägen in einer unvergleichlich schweren Zeit trifft, hat ungefähr eine Verdreifachung des Preises für Markenbrot zur Folge. Wie unsinnig die Forderung der Landwirtschaft und das Verhalten der bürgerlichen Mehrheit des in Frage kommenden Reichstagsausschusses ist, geht aus folgender Berliner Zuschrift hervor:

Die gewaltige Erhöhung der Umlagepreise, die von der agrarfreundlichen Mehrheit des Ausschusses für Festsetzung des Umlagegetreidepreises beschlossen worden ist, stellt sich, rein finanziell berechtet, als ein großes Geschenk an die Agrarier dar, das das Reich vergibt, ohne dafür eine Deckung in einem erhöhten Brotpreise zu haben. Es war mit Genugtuung vermerkt worden, als die Agrarier vor einigen Wochen vorläufig auf eine Festsetzung des Preises für das vierte Sechstel der Umlage verzichteten. Dieser großmütige Verzicht macht sich aber nach den neuesten Beschlüssen der Mehrheit des Preisausschusses jetzt glänzend bezahlt, da die neue Preiserhöhung von 165 000 auf 600 000 M. für die Tonne Brotgetreide sich nicht etwa auf das letzte Drittel der Umlage bezieht, sondern nur das vierte und fünfte Sechstel betrifft. Die Preise sollen demnach auf das 3,63fache des bisherigen Preisstandes heraufgesetzt werden. Da die Umlage 2½ Millionen Tonnen Brotgetreide der Reichsgetreidestelle zuführen soll — ein Drittel davon beträgt 883 333 Tonnen —, ergibt die Nachzahlung 362 499 410 000, oder, abgekürzt, 362,5 Milliarden Mark. Rechnet man davon selbst noch die Ermäßigung der Umlagemenge in einzelnen Gebieten ab, die mit der Ernte besonders schlecht abgeschnitten haben, so bleibt immer noch ein Betrag von rund 330 Milliarden übrig, der mit dieser Preiserhöhung für Umlagegetreide den Landwirten ausgehändigt wird.

Das Wesentliche aber ist, daß ein großer Teil des Getreides, dessen Uebernahmepreis jetzt derart erhöht wird, längst zu Brot verarbeitet ist und zu dem jetzigen Brotpreis verkauft wurde, der sich zur einen Hälfte auf dem alten Preis des Umlagegetreides, zur anderen Hälfte auf einem Weltmarktpreise für freies Getreide aufbaute, der ebenso wie der Dollarstand bedeutend niedriger war als heute. Der wesentliche Teil des vierten und fünften Sechstels der Umlage dürfte also bereits in den Händen der Reichsgetreidestelle sein. Für diesen Teil des Brotgetreides muß jetzt eine Nachzahlung geleistet werden, die auf mindestens 200 Milliarden Mark zu beziffern ist und der nicht die geringste Einnahme der Reichsgetreidestelle gegenübersteht, so daß das Reich sie durch einen unmittelbaren Zuschuß aufbringen muß.

Die Verbraucher haben im Preisausschuß bereits weitgehende Zugeständnisse machen müssen, um überhaupt eine Verständigung über die Preisfrage herbeizuführen und die übertriebenen Ansprüche der Agrarier zu reduzieren. Der Erfolg ist trotzdem die gewaltige Erhöhung des Brotgetreidepreises zu Lasten der Steuerkasse. Da aber das Reich über Ueberschüsse nicht verfügt, sondern im Gegenteil ein auf Billionen zu bezifferndes Defizit hat, wird dieser Zuschuß durch die Notenpresse aufgebracht. Die Notenpresse aber ist für die große Masse des Volkes die schärfste indirekte Steuer, während sie die Sachwertbesitzer verschont.

Wir haben nie gezögert, die Hilfsbereitschaft der Landwirtschaft, besonders soweit sie in freiwilligen Lebensmittellieferungen für das Ruhrgebiet zum Ausdruck kam, anzuerkennen. **Man vergleiche aber den gesamten Gesetzentwurf der Ruhrspende und dazu noch den Wert der für die Ruhrbevölkerung freiwillig gespendeten Lebensmittel mit dieser Summe von 200 bis 330 Milliarden, die hier mit einem Schlage der Landwirtschaft zugewendet wird. Dann muß man zu der Erkenntnis kommen, daß die Landwirtschaft von dem Bürgertum als hilfsbedürftiger angesehen wird, als die kämpfende Ruhrbevölkerung.**

Mit dieser Feststellung der Tatsachen wollen wir uns für heute begnügen. Vielleicht findet auch jetzt die agrarische Presse den Mut, jene des Dolchstoßes von hinten zu beschätigen, denen durch die Landwirte der Brotkorb höher gehängt wird.

*

Man darf nunmehr gespannt sein, wie das Milliardengeschenk des deutschen Volkes sich innerhalb der Landwirtschaft selbst auswirken wird. Die nächsten Tarifverhandlungen des Landarbeiterverbandes mit den Unternehmern werden interessante Facta zutage fördern. Werden die Großagrarier die 200-Milliarden-Nachzahlung dazu benutzen, den Landarbeitern menschenwürdige Daseinsbedingungen zu schaffen? Oder werden sie lediglich das Geld in die unergründlich tiefen Taschen stecken und im übrigen den jämmerlichen Barlohn der Landarbeiterschaft weiter bis tief unter die Grenze des Existenzminimums drücken? Wir werden sehen.

Wiederaufnahme der Passagierbeförderung nach der Levante durch die Deutsche Levante-Linie. Die Deutsche Levante-Linie, Hamburg hat in letzter Zeit eine größere Anzahl durchweg neuer Frachtdampfer in Dienst gestellt, die Einrichtungen zur Beförderung von 1 bis 7 Passagieren besitzen. Drei bis vier monatliche Abfahrten sind vorgesehen und die Passagepreise einschließlich Verpflegung am Kapitänstisch, nach Malta, Patros, Piraeus, Volo und Salonik auf £ 15.—, nach Alexandria, Jaffa, Haifa und Beirut auf £ 20.— festgesetzt. Für Kinder zwischen 1 und 10 Jahren sind die Hälfte des Fahrpreises berechnet, während Kindern unter einem Jahre Freifahrt gewährt wird.

Gewerkschaftsbewegung.

Gewerkschaftlicher Neuaufbau in Italien.

Aus Italien wird uns geschrieben: Trotzdem die öffentliche Sicherheit, von Rede- und Preßfreiheit ganz zu schweigen, in Italien immer noch eine sehr zweifelhafte Sache ist, beginnen die gewerkschaftlichen Organisationen mit der Neuorganisation des gewerkschaftlichen Lebens. Der Allgemeine italienische Gewerkschaftsbund hat die Leitung hierzu in die Hand genommen und den Grundsatz aufgestellt, daß jede organisatorische Verbindung mit irgendeiner politischen Partei unzulässig sei. In Turin und Genua wurden unter Mitwirkung des Gewerkschaftsbundes die Arbeitskammern neu konstituiert und ihr territorialer und sachlicher Aufgabenkreis festgelegt. Es ist bezeichnend, daß sich in diesen beiden ehemaligen Hochburgen des Kommunismus die Mehrzahl der ehemals angeschlossenen Organisationen auf dem Boden der freigewerkschaftlichen Arbeit wieder zusammengefunden hat.

Landarbeiter und Ruhrhilfe.

Nicht an die Arbeitgeber, sondern an den Landarbeiterverband abliefern!

Vom Vorstand des Deutschen Landarbeiterverbandes wird uns geschrieben:

Von einer großen Anzahl von Ortsgruppen des Deutschen Landarbeiterverbandes wird bei uns angefragt, wie sie sich zu den Sammlungen von Lebensmitteln stellen sollen, die vom Reichslandbund fast überall vorgenommen werden. In einem dieser Schreiben heißt es u. a.: „Der Landbund hat in einer Sitzung beschlossen, pro Hektar Anbaufläche 1 Pfund Roggen abzuführen, und wir Arbeiter sollen je Familie 1 Pfund Roggen abgeben. Wir sind aber anderer Meinung. Wenn die Arbeitgeber im Landbund derartiges beschließen, so mögen sie es geben, aber sie sollen sich auf Kosten der Arbeiter, die auch an sie abliefern sollen, keinen großen Namen machen. Wir sind gewillt, auch zu opfern, aber wir möchten gern an unsere Verbandsleitung abliefern, damit die Ruhrbevölkerung auch sieht, daß nicht nur der Landbund sich mit Gaben brüsten kann."

Diese Einschätzung des Landbundes durch die Arbeiter ist vollkommen richtig. Den Landbündlern ist es nur darum zu tun, durch besondere Sammlungen zu zeigen, was sie für treffliche Patrioten sind. Der Vorstand des Deutschen Landarbeiterverbandes empfiehlt seinen Mitgliedern, sich durch diese Agitation des Landbundes, der sonst von gewerkschaftlich organisierten Arbeitern nichts wissen will, und deren gewerkschaftliche Organisation, den Deutschen Landarbeiterverband, bekämpft, nicht einfangen zu lassen.

Für den Deutschen Landarbeiterverband gilt, daß wir und an der von der Arbeitsgemeinschaft gewerblicher und industrieller Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingerichteten „Ruhrhilfe" beteiligen. Darin ist der Grundsatz festgelegt, daß die Arbeiter einen Stundenlohnopfern und die Arbeitgeber das Vierfache eines Stundenlohnes aller im Betriebe beschäftigten Arbeiter. Die auf diesem Wege gesammelten Gelder sind an die Banken unter der Bezeichnung „Ruhrhilfe" abzuführen. Diejenigen Ortsgruppen des Deutschen Landarbeiterverbandes, die Gelder an den Vorstand des DVV. senden, können überzeugt sein, daß der Vorstand diese im Sinne der Geber für die Ruhrhilfe verwenden wird.

Aus dem hallischen Gewerkschaftsleben.

Ein Geständnis der eigenen Schwäche.

Warum Kommunisten die freien Gewerkschaften zertrümmern wollen.

Der „Klassenkampf" schimpft; er hat also unrecht. Dennoch bestätigt er, daß in der Tat nur 15 Delegierte der kommunistischen Bergarbeiter Deutschlands auf jener Konferenz anwesend waren und daß es, wie wir ironisierend bemerkten, zu fürchterlichen, also keinen Beschlüssen gekommen ist. Es steht also fest, daß der „Klassenkampf" seine eigene Niederlage zugibt, denn er schreibt selbst, daß einige Zahlstellen aus dem Geiselal und aus Mansfeld vertreten waren. In Mitteldeutschland aber gibt es weit über 1000 Zahlstellen. Soll es einen noch glänzenderen Reinfall geben?

Der Vorwurf, in der faszistischen Einheitsfront zu stehen, läßt uns eisig kalt; denn die vom „Klassenkampf" angegriffenen Männer haben seit Jahrzehnten den Beweis erbracht, daß sie die Interessen der Arbeiter vertreten. Die Kommunisten aber erbringen den Beweis tagtäglich, daß sie zu ihrem Hauptbereuf — den Gelben gleichgeartet — die Zertrümmerung der freien Gewerkschaften gemacht haben. Das Zeugnis stellt sich der „Klassenkampf" in seinem Aufsatz vom Donnerstag selbst aus. An einer Stelle schreibt er: „Jawohl, wir kämpfen gegen Löffler, Behrens und Hesse, weil sie offene Feinde der Arbeiter sind und wenn wir von Fall zu Fall bei den Betriebsrätewahlen die Union unterstützen, so deshalb, um den Einfluß dieser Sorte Menschen in den Betrieben zurückzudrängen."

Also, hier werden die Unorganisierten bewußt der einflußlosen Union zugetrieben und zugleich wird angegeben, daß man den Kampf gegen die Gewerkschaften nur zum Zweck der Beseitigung der Führer führt. **Vom Kampfe gegen die Arbeitgeber kein Wort!** Der „Klassenkampf" schreibt wörtlich: „Wir gestehen sehr gern, daß heute noch die sozialdemokratische Gewerkschaftsbureaukratie durch eine unerhörte Vergewaltigung der Mitgliedschaft dem Verbande ihr arbeiterfeindliches Gepräge aufdrückt." Also der „Klassenkampf" gibt trotz mehrjähriger, mit allen Mitteln geführter Arbeit der KPD. zu, daß seine Wühlarbeit ohne Erfolg geblieben ist und daß nur eine verschwindende Minderheit hinter den KPD.-Führern steht, daß also die Führung der freien Gewerkschaften durch die VSPD. unbestritten ist.

Damit vergleiche man das Geschrei des „Klassenkampf", der dauernd behauptet, die Massen hinter sich zu haben. Dieses Zugeständnis bedeutet den Zusammenbruch der kommunistischen Werbekraft in den Gewerkschaften. Es steht also ferner fest, daß die Kommunisten nach ihrem eigenen Eingeständnis im „Klassenkampf" vom 22. Februar 1923 nur eine kleine Minderheit sind, die sich den Mehrheitsbeschlüssen der Gewerkschaften nicht fügen wollen und deshalb mit der Union gegen die Gewerkschaften ihre Hauptfront richten — also in stiller Uebereinstimmung mit den Faszisten — das feteste Bollwerk der freien deutschen Arbeiter, die Gewerkschaften erledigen wollen.

Die mitteldeutschen Bergarbeiter haben längst eingesehen, daß sie Erfolge nur im Bergarbeiterverband erzielen können und sie haben deshalb in ganz richtiger Kenntnis am Sonntag den berufsmäßigen Zertrümmerern die richtige Antwort gegeben. H.

Sittenlos und unsittlich.

In Samojedien — ich weiß nicht, ob das Land so heißt, aber das ist eine Lücke in unserer Sprache, die wir ausfüllen müssen — in Samojedien besteht die Sitte, sich vom Kopf bis zu den Füßen mit ranzigem Teer zu beschmieren.

Ein junger Samojede tat dies nicht. Er beschmierte sich durchaus nicht, weder mit Teer noch mit sonst etwas.

„Er folgt unseren Sitten nicht," sagte ein samojedischer Weiser, „er hat keine Sitten ... er ist sittenlos."

Das war sehr richtig bemerkt. Selbstverständlich wurde der junge Samojede mißhandelt. Er fing zwar mehr Robben als irgendein anderer, aber das machte nichts. Man nahm ihm seine Robben, gab sie Samojeden, die sich gehörig mit Teer beschmierten, und ließ ihn hungern.

Aber es kam noch ärger. Der junge Samojede, nachdem er eine Zeitlang in diesem unbeschmierten Zustand fortgelebt hatte, fing endlich an, sich mit Eau de Cologne zu waschen ...

„Er handelt gegen die Sitten," sprach nun der Weise, „er ist unsittlich! Wohlan, wir wollen ihm auch weiter die Robben wegnehmen und ihn überdies schlagen. ..."

Dies geschah. Aber weil man in Samojedien weder Schmähreden kannte, noch ein Druckverbot, noch Verhöchtigung, noch eine dumme Orthodoxie oder einen falschen Liberalismus, weder korrupte Politik, noch korrumpierende Minister, noch eine verrottete Zweite Kammer — so schlug man den Patienten mit den übriggebliebenen Knochen der Robben, die er selber gefangen hatte.

(Aus den „Ideen" von Mustatuli.)

Ein neues Drama von Paul Bader. Paul Bader, der noch durch sein sozialistengesetzliches Bühnenwerk in guter Erinnerung ist, hat ein neues Schauspiel geschrieben, das im Greifswalder Stadttheater mit starkem Erfolge aufgeführt wurde. Es heißt „Versunkene Welt" und gibt naturwahr gezeichnete Bilder aus der Welt von heute: starke Kontraste einer versinkenden Geheimrats-Familie und eines aufsteigenden Schiebers. Dazwischen der Mann, der sich zur ehrlichen Arbeit bekennt. Die Typen einer hohl gewordenen Konvention sind nicht minder scharf beobachtet wie die Vertreter des Neuen im guten wie schlechten Sinne.

Ausgrabungen in der Urheimat Abrahams. Der Leiter der britischen Expedition Woolley, der mit der Erforschung der in der Bibel genannten chaldäischen Stadt Ur beschäftigt ist, hat soeben die Grundmauern eines Tempels entdeckt, der als der Harem der Mondgottheit festgestellt wurde. Die im Alten Testament erwähnte Stadt Ur wurde von Henry Rawlinson in der Ruinenstätte Nughheir auf der rechten Euphratseite entdeckt. Der Mondgott war die Gottheit der Stadt. Ur war der Ort, aus dem Abraham auszog, um über Haran weiter nach Kanaan zu wandern. Einer der ausgegrabenen Steine des Tempelfundaments zeigt auch den herausgemeißelten Kopf des Gottes und der Göttin. Woolley ist es auch gelungen, den Tempel des Königs von Ur zu finden, der um das Jahr 1900 v. Chr. gelebt hat. Seine Reste stehen auf Mauern, die schon 2250 v. Chr. gebaut wurden, und unter diesen wurden andere Mauern gefunden, deren Bau sogar bis auf das Jahr 3600 v. Chr. zurückreicht. Man fand hier das Bruchstück einer Tempelvase, die um das Jahr 2700 v. Chr. hergestellt worden ist.

Hallisches Kunstleben.

Wagners „Siegfried" im Stadttheater.

Das Gold: ein Tand in des Wassers Tiefe, lachenden Kindern zur Lust," doch vom Zauberkundigen zum Reife geschmiedet, ein welkbeherrschendes Machtwerkzeug in der Hand des Mannes. Der Fluch, den Alberich darüber ausspricht, ist nur eine nachträgliche und (in moralischem, nicht in dramatischem Sinne) eigentlich überflüssige begriffliche Formulierung der bösen Eigenschaft dieses Metalles. Schon vorher war der Fluch tätig, denn alle, die Riesen wie die Götter, gieren nach dem Golde, sobald Loge davon erzählt. Wagners Werk heißt mit tiefem Sinne der Ring des Nibelungen; alles Götter-, Uebermenschen- und Menschengeschehen in den vier Stücken hat als bewegende Ursache den Fluch des Geldes. Nur wird das selbst meistens übersehen; der bedeutungsvolle Gesamttitel ist abgenutzt, zu gedankenlos gebrauchter Scheidemünze geworden, und die Stellen, die davon handeln, werden von den meisten als Episoden angesehen und aufgenommen, wobei man sich nicht viel zu denken habe. Aber es ist etwas anderes, ob man das Werk in friedegesättigter Zeit ruhigen Genießens, ob man es in der Gegenwart, wo sich der Fluch des Goldes so fürchterlich offenbart, sieht und hört. Jetzt gewinnt das Grundmotiv der Weltragödie seine volle Bedeutung. Vielleicht ist es gut, daß dennoch der Sinn des Motivs selbst jetzt noch dem Durchschnittszuschauer als verschleiertes Bild der Wahrheit nur bis an die Schwelle seines Bewußtseins tritt; sonst möchte es ihn wie dem Jüngling zu Sais gehen, der, entsetzt über das schreckliche, enthüllte Geheimnis, ohnmächtig zu Boden sank — er käme gar nicht dazu, sich des Schönen, der Kunst zu freuen. Und dieser Schönheit ist doch gerade im „Siegfried" soviel, daß es schade wäre, wenn sie von der Gewalt der Wahrheit ganz und gar übertönt würde.

Den Erfolg des Abends entschied die Brünnhilde. Frau Günzel-Dworski ist eine beachtenswerte Sängerin. Ihre stattliche und schöne Erscheinung, ihr ergiebiger, klangkräftiger, gut ausgeglichener Sopran und ihr Ausdrucksvermögen weisen sie von selbst auf das hochdramatische Fach. Ein Zuwachs an Innerlichkeit, mehr Abwechslung in der gleichmäßig hellen Tonfarbe bleiben noch zu wünschen. Störend wirkten gestern die Ueberdeutlichkeit der Konsonanten und die gänzliche Auflösung der Kantilene in einzelne Töne (nach Bayreuther Schule), die man um endlich doch auch bei Wagner aufgeben sollte! Davon abgesehen, war diese Brünnhilde ganz vortrefflich. Henriette Böhmer sang die Erdas-Szene dramatisch beseelt; auch die Höhe der Stimme gehorchte stets. Einen Siegfried besitzt die hallische Bühne nicht. Was Hans Waldburg an Erscheinung, Darstellung und Stimme nach seinem Vermögen zu geben suchte, verdient immerhin Anerkennung. Der Baß-Bariton Fritz Kerzmanns eignet sich wohl für den Wotan; nur sollte der Sänger nicht durch ständige Bebung seine Szenen rührselig machen. Den Mime sang als Gast mit Anstellungsabsichten Herr Willi Springer aus Bremerhaven, der als Ersatz für Tessmer in Frage kommen soll. Eine ungewöhnlich warme gut gebildete Tenorbuffostimme eignet diesem Sänger, der im übrigen als Schauspieler immer fesselte und sich schnell den Mitspielenden anglich. Hummelsheims finsterer Alberich formte seine Szene zu einer scharf charakterisierten Episode. Die Stimmen der „Tiere" wurden von Kornelius Burg als Fafner und Elisabeth Schwarz als Waldvogel gut vertreten.

Das Orchester unter Felix Wolfes erfüllte seine Aufgabe mit bestem Erfolge. Kaum irgendwo wurden bei aller Leidenschaftlichkeit die Sänger übertönt; nur zum Schluß des ersten Aktes schien mir Straumheit des Tempos mit Temperament verwechselt.

Der Beifall war nach allen Aufzügen stark und trug jenes Merkmal der Ursprünglichkeit, das das unrüstige Zeichen eines wirklichen Erfülltseins von Geschauten und Gehörten ist. Dr. H. G.

Wochenspielplan des Stadttheaters. Heute 7½ Uhr geht Holbergs Komödie „Der politische Kannegießer" zum ersten Male in Szene. Das Stück wird am Montag und Donnerstag wiederholt. Sonntag und Dienstag 7 Uhr: „Siegfried". Mittwoch: „Die Zauberflöte". Freitag Uraufführung: „Frankins", Tragödie von Paul Gurk. Mittwoch nachmittag wird das Weihnachtsmärchen: „Wie Klein-Else das Christkind suchen ging" zum letzten Male gegeben. Der Vorverkauf beginnt am Montagvormittag 10 Uhr.

* **Spielplan der Volksbühne.** „Der politische Kannegießer": Montag (V), Donnerstag (C); „Die Zauberflöte": Mittwoch (2).

Im Thalia-Theater geht morgen, Sonntag, abend 7½ Uhr Hans Sturms Schwank: „Der ungetreue Eckehart" in Szene. Karten an der Kasse des Stadttheaters sowie an der Abendkasse im Thalia-Theater.

Aus aller Welt.

Explosion in einer Bergakademie.

Goslar, 23. Februar.

Die Gasometeranlage der Klausthaler Bergakademie, die das für die wissenschaftlichen Institute notwendige Gas aufspeicherte, ist infolge Kurzschlusses explodiert. Das Dach des Gasometerhauses ist abgehoben worden; die umliegenden Gebäude wurden beschädigt.

Inlandszucker als Auslandszucker verschoben.

Eine Million Mark Geldstrafe.

Dortmund, 23. Februar.

Das hiesige Wuchergericht verurteilte den Kolonialwarenhändler Franz Schuhmacher, der den ihm zum Kleinverkauf an seine Kundschaft reichlich unterwiesenen Inlandszucker an Zuckerwaren- und Likörfabriken usw. als Auslandszucker in großen Posten verschoben hatte, zu einer Million Geldstrafe und sechs Monaten Gefängnis bei sofortiger Verhaftung. Der Kaufmann Gustav Drewes, der bei diesem unerlaubten Großhandel den Vermittler gespielt hatte, erhielt eine Geldstrafe von 50 000 M.

Millionendiebstähle.

München, 24. Februar.

Verhaftet wurde hier ein Postbeamter, der seit langem aus den vom Ausland eingehenden Briefen Beträge im Werte von mehreren hundert Millionen Papiermark entwendete und u. a. ein hochherrschaftlich eingerichtetes Besitztum hat.

Hinrichtung zweier Raubmörder. Aus Nürnberg wird gemeldet: Die beiden Raubmörder Lederer und Meusel, die seinerzeit den Amsterdamer Kaufmann Engelsmann ermordeten, wurden durch Erschießen hingerichtet.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230224-16/fragment/page=0003

Das beste Küchenhilfsmittel ist MAGGI's Würze

Einzig in Feinheit des Geschmacks, in Ausgiebigkeit und deshalb Billigkeit.

Vorteilhaftester Bezug in großen Originalflaschen Nr. 6; man achte auf unversehrten Plombenverschluß. 3131

VSPD

Halle u. Bezirk Merseburg

Sekretariat Halle (Saale), Harz 42/44. Hintergebäude, 2 Treppen :: Fernruf 1029

Parteigenossen: Die Aufklärung der Frauen ist zwingende Notwendigkeit. Bringt deshalb zu allen Veranstaltungen der Partei Eure Frauen mit.

Halle.

Stadtverordnete der VSPD. Montag, den 26. Februar, pünktlich 3 Uhr, im Stadthaus.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokrat. Lehrer. Montag, den 26. Februar, abends 8 Uhr, Sitzung im Gewerkschaftshaus, Zimmer 23.

Jungsozialisten. Dienstag, den 27. Febr. im Jugendheim: Vortrag des Genossen Stengel „Fichte und der Sozialismus“.

S. A.-J. Heute abend, 7 Uhr, im „Volkspark“: Begrüßungsfeier für die Delegierten zur Bezirkskonferenz. Musikinstrumente sind mitzubringen. — Gruppe Süd: Sonntag nachmittag 2 Uhr Treffpunkt auf dem Hallmarkt zur Fahrt ins Blaue. Gruppe Nord und Zentrum: Morgen, Sonntag: Halbtagesfahrt. Treffpunkt 2¼ Uhr nachmittags an Café Dietze.

Gr.-Rayna. Sonntag, den 25. Februar abends 7 Uhr, bei Ohme: Mitgliederversammlung. Alle Mitglieder haben zu erscheinen.

Elsterwerda. Sonnabend, den 24. Februar, bei Dietrich: Mitgliederversammlung. Es ist Pflicht aller Genossen und Genossinnen in dieser Versammlung zu erscheinen.

Frankleben. Der Ortsverein der VSPD. feiert Sonntag den 25. Februar, nachmittags von 5 Uhr an unter Mitwirkung des Arbeiter-Gesang-, Theater- und Radfahrervereins im Saale des Herrn Siebeck (am Bahnhof) sein **4. Stiftungsfest,** bestehend in Konzert, Festrede, Ball und sonstigen Vorführungen. Festredner: Reichstagsabgeordneter Gen. Rich. Krüger. 3111

Roßbach. Die Mitgliederversammlung am Sonntag, den 25. Febr. findet **nicht** statt.

Vereinsanzeiger

Halle.

Baugewerkschaft Halle. Am Montag, den 26. Februar, abds. ½8 Uhr, findet im „Volkspark“ (Kartellzimmer) eine Sitzung der Baudelegierten und des Vorstandes statt. Ohne Delegiertenkarte u. Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Die Ortsverwaltung.

Konsum-Verein Teutschenthal u. Umgegend e. G. m. b. H.

Sonntag, den 4. März 1923, nachmittags von 2 Uhr an, findet im Lokale des Gastwirts Max Lange in Unterteutschenthal eine **ordentliche Generalversammlung** statt. — Die Tagesordnung lautet:

1. Vorlegung des Geschäftsberichts des ersten Halbjahres 1922/23.
2. Abänderung des § 10 Abs. 5. § 33 und Beratung u. Beschlußfassung über § 39 B Abs. 4 des Vereinsstatuts.
3. Antrag des Vorstandes und Aufsichtsrates betr. Anstellung des dritten Vorstandsmitgliedes.
4. Genossenschaftliches.

Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wird gebeten.

3147 **Der Aufsichtsrat:**
Franz Schuster, Vorsitzender.

Volkspark
Sonnabend und Sonntag:
Freikonzert und Ball. 8157

L.-V. Alt-Wien.
Sonntag, den 25. Febr., von 3 Uhr an
Vergnügen
auf dem „Weinberg“. 3142

Wichtig!
Erlösung von der Schwangerschaft!
Ein Ratgeber für Eheleute!
Von Luise Otto.
Preis nur 180 Mk., mit Porto 210 Mk.
Baldige Bestellung erwünscht.
Um Voreinsendung wird gebeten
Volksblatt-Buchhandlung
Halle a. S., nur Gr. Ulrichstr. 27

Stadt-Theater.
Sonntag, abends 7 Uhr:
Siegfried
Montag, abends 7½ Uhr:
Der politische Kannegiesser 3139

Thalia-Theater.
Sonntag, abends 7½ Uhr:
Der ungetreue Eckehart 3140

Mod. Theater.
Thea Athenos
lebende
Marmor-Schönheiten
in noch nie gesehen. Vollendung. 2788
Außerdem:
10
hervorrag. Künstler

3 Könige
10 Künstler von Ruf.
E. Manon,
M. Müller,
Mara Rhani,
2 Lillys, 3135
M. Kimka,
Freygang,
Müller Manon,
G. Zschauer,
A. Helsing,
A. Lafontaine.

„Schultheiss“,
Merseburg. Straße 10.
Sonntag, 4 Uhr:
Konzert :: 5-Uhr-Tee
Donnerst. int. m. Abend
Saal u. Vereinszimmer.

ZOO 3146
Sonntag,
den 25. Februar,
nachm. 4 Uhr:
Konzert
v. Steuer-Orchest.
Leitung:
Obermusikmeister
Karl Steuer.

Verlobungs-Ringe

Eigene Fabrikation, dah. billigste Bezugsquelle, Werkstatt mit elektrisch. m Betrieb.
R. Voß
Gold- und Juwelen-Fabrikation.
Leipziger Str. 1,
gegenüber Drogerie Helmbold & Co.

Möbel
auf bequeme
Teilzahlung
besonders
Kleiderschränke
Vertikos 2823
Kommoden
Bettstellen
Ruhebetten
sowie alle Arten Einzel-Möbel in großer Auswahl
N. Fuchs,
Möbelhaus
Halle a. S.,
Gr. Ulrichstr. 58.
Kredit auch nach auswärts. 7

Brillanten
Gold-, Silber-Ringe, Ketten
Uhren aller Art
usw. kauft stets
H. Schindler,
Juwelier u. Uhrmacher
Kleine Ulrichstrasse 35.

Zuckerw spart,
wer zum Süßen von Speisen, Getränken usw sowie zur Bereitung von Kompotten oder zum Einkochen von Obst usw. Süßstoff verwendet
Vorzüglich — billig — bekömmlich.
Erhältlich in Kolonialwaren-, Drogenhandlungen und Apotheken.
3130

Die höchsten Preise
für Rohprodukte,
sowie Alt-Eisen, Metall-Bruch zahlen
Hermann Friedmann & Co.,
Thomasiusstraße 35 (Ecke). 2916

Schokoladen
Zuckerwaren usw.
kaufen Wiederverkäufer am billigsten bei
Bachran & Co.,
Markt 6 (gegenüber Börse). 2777

Optiker
C. Schaefer,
Gr. Steinstr. 29 a
liefert für
alle Krankenkassen. 2910

Kein Laden
Anzüge 3132
aus neuen, mod., nur guten Stoffen mit Ia Zutaten. Ersatz für Maß, ferner feldgraue und gestreifte Hosen, Gummimänt. usw. sehr preisw. in
Riesel's Monats-Garderoben
Gr. Märkerstr. 22, eine Treppe.
Auf Wunsch hänge gekauft. Sach. ohn. Preisaufschlag für kurze Zeit zurück.
daher billig!

Ziegen Wolle
zahlt äusserst hohe Preise
Hall. Fellhandlung G. m. b. H.
Sophienstr. 40 . Fernspr. 3468
2781
Wildwaren u. dergl.

Vogel's Einkaufs-Zentrale
Landwehrstr. 20 (1 Min. v. Bahnhof)
kauft zu höchsten Tagespreisen 3063
Felle, Wolle, Säcke und Roßhaare.
Tausche Wolle gegen Strickwolle.

Wir halten uns den Vereins-, Gewerkschafts- und Parteivorständen zur Herstellung von
Drucksachen aller Art
in geschmackvoller und sauberer Ausführung bestens empfohlen
Hallesche Genossenschafts-Buchdruckerei e. G. m. b. H.
Halle a. d. S.: Tel. 6605 : Harz 42/44

Gummiwaren.
Hygien. Artikel, Spülapparate, Frauenspritzen.
Liste gegen Porto.
Vers. Germania 22.
Landsberger Str. 5.

Volksblatt-
Empfehlenswerte Bücher:
E. J. Gumbel
Vier Jahre politisch. Mord
Heinr. Wandt
Etappe Gent
Buchhandlung

2776
FREBAR
seit fast 20 Jahren die erfolgreichste Originalmarke für Frauen gegen Störungen der Blutzirkulation nervöse Kongestionen etc. Vorsicht vor kostspielig., oft völlig wertlosen Mitteln. Nur die Schutzmarke „Frebar“ garantiert die Echtheit (Tropfen, Pulver, Tee, Badekräuter). — Vollkomm. unschädl.! Erhältl. in Apotheken, Droger. u. Sanitätsgeschäft.
Generalvertrieb: PHARMACOPIA, Berlin C 19, Wallstr. 26

Geschlechtsleidende!
Heilung ohne Quecksilber, ohne giftige Einspritzung, ohne Berufsstr.; aufklär. Broschüre, taus. freiwill. Dankschreib. über 1) Harnröhrenleiden (Ausfluß), 2) Syphilis, 3) Mannesschwäche, 4) Weißfluß kostenlos in verschloss. Briefumschlag ohne Aufdruck, gegen Einsendung von Mk. 50.— für Porto etc.
Leiden genau angeben!
Dr. med. H. Seemann, G. m. b. H.
Berlin ...., Lietzmannstr. 22.

Frauenhaar
auch in den kleinsten Mengen kaufen und zahlen bis **3000 Mk.** per Kilo
W. Zaake & Co., Haarmanufaktur.
Halle a. S., Beesener Str. 38. Tel. 1317.
Aufkäufer in jedem Ort gesucht!

Wringmaschinen
repariert und setzt neue Walzen ein
Otto Sparmann
geb. Walhalla, Fernspr. 6504

Höhere Preise
für alle Sorten
Felle, Häute Wolle 2774
Fellhändlern Ausnahmepreise
Gebr. Danglowitz
Fellzurichterei
Fischerplan 2

Sohlled.-Ausschnitt
wieder vorrätig.
Wilh. Kranig,
Lederhandlung,
Neue Promenade 15.
Gummi-Absätze.

Wir kaufen
zum Selbstverbrauch
Kupfer, Messing, Zinn, Blei. 2853
Hallische Bronze- u. Metallwarenfabrik
Arthur Täglich,
G. m. b. H.
Halle a. S.,
Marienstraße 2.

Werbt neue Leser!

Alle Sorten
Häute Felle Wolle 2775
usw. kaufen zu Höchstpreisen
Gebr. Danglowitz
Fellzurichterei
Fischerplan 2.

„Ledersohlen“
sind billiger als jeder Ersatzstoff.
Filztafeln.
„Schäfte“
in jed. Ausführung fertigt an 2784
F. Noah
Lederhdlg., Schäftefbr.
Gegr. 1872.
Leipziger Str. 16

Geschäftseröffnung.
Einer wert. Einwohnerschaft des Nordviertels zeige ich hiermit an, daß ich
Dessauer Str. 11, Hof
im Hause des Herrn Bildhauer Mutschi eine 3136
Rohprodukten-Filiale
eröffnet habe. Ich kaufe und hole ab sämtliche Rohprodukte, sowie Alteisen und Altmetalle zum jeweiligen Tagespreise.
Walter Panecke
Magdeburger Str. 12. Tel. 5737.
1. Filiale: Geiststrasse 20 (Hof) Inhaber: Otto Albrecht. Tel. 5816.
2. Filiale: Dessauer Str. 11 (Hof) Inhaber: Max Hübner. Tel. 4894
Bei Verkauf von Alteisen und Altmetallen ist Personenausweis erford.

Gebhardt-Eiweiss-Kakao
3129 der von der Wissenschaft anerkannte Kräftigungstrank für in der Ernährung zurückgebliebene, durch erschöpfende Krankheiten geschwächte Erwachsene und für im Wachstum befindliche Kinder.
Überall erhältlich! Alleinige Hersteller:
Georg Gebhardt & Co., Halle
Versandstelle: Gr. Steinstr. 36

Zum bevorstehenden 40. Todestag von Karl Marx erscheint auf Veranlassung des Parteivorstandes eine in Tiefdruck illustrierte
Karl Marx Gedächtnis-Nummer
an deren textlicher Ausgestaltung namhafte Autoren wie Renner, Stern, Bernstein, Kautsky, Bröger u. a. mitgearbeitet haben.
Verkaufspreis 200 Mk. (Porto 40,—)
Volksblatt-Buchhandlung
nur Gr. Ulrichstraße 27.

Arbeitsmarkt

Jüngere, für Schreibmaschine und buchhalterische Tätigkeit vollkommen zuverlässige
Stenotipistin
stellt sofort ein.
Schriftliche Bewerbungen nach unserem Verlagskontor Harz 42-44 erbeten.
Verlag Volksblatt G. m. b. H.

Kaufm. Lehrling mit guter Schulbild. unt. günstig. Beding. sucht per 1. April für unsere **Parfümerie, Toilette-Art.-Großhandlg.** 3141
Baruch & Co., Thielenstraße 4.

Malerlehrling u. sehr günst. Beding. f. Ad. Kupfer, Dekor.-Maler, Mansfeldstr. 54

Inserate finden hier weiteste Verbreitung

Familien-Nachrichten

Zentralverband der Maschinisten und Heizer,
Geschäftsstelle Halle.

Nachruf.
Erst heute erhalten wir die Nachricht, daß unser langjähriger Kollege, der Heizer 3144
Oswin Häßler
bei Ausführung seines Berufes am 22. Februar tötlich verunglückte.
Wir werden sein Andenken in Ehren halten.
Die Ortsverwaltung Halle.

HAMBURG-AMERIKA LINIE
UNITED AMERICAN LINES INC
Nach
NORD-, ZENTRAL- UND SÜD-
AMERIKA
AFRIKA, OSTASIEN USW.
Billige Beförderung über deutsche und ausländische Häfen. — Hervorragende III. Klasse mit Speise- und Rauchsaal. Erstklassige Salon- u. Kajütendampfer
Etwa wöchentliche Abfahrten von
HAMBURG NACH NEW YORK
Auskünfte und Drucksachen durch
HAMBURG-AMERIKA LINIE
HAMBURG und deren Vertreter in:
MAGDEBURG, Schiffsfrachtenkontor G. m. b. H., Kaiser Wilhelmplatz 12
Halle a. S., Georg Schultze, Bernburger Str. 32 2741

Machen Sie einen Versuch!
mit meiner prima
Gummi-Besohlung
Marke „Stahlit“!
sowie alle Leder-Besohlungen führt schnell und sauber aus 3133
Besohlanstalt Hesse Nachf.
Merseburger Str. 167 (Eing. Prinzenstr.).

Hausfrauen! Kauft nur in den Geschäften, welche bei uns inserieren

Amtliche Bekanntmachungen

Kreis Querfurt

Gründung eines Kreisobst-, Wein- und Gartenbau-Verbandes.

Die am 16. ds. Mts. in Carsdorf im Gasthof „Zur Unstrutbahn“ abgehaltene Versammlung der Obst- und Gartenbauvereine im Kreise Querfurt erfreute sich eines guten Besuches. Landrat von Krause eröffnete die Versammlung, begrüßte die Teilnehmer und dankte für ihr zahlreiches Erscheinen. Nachdem er auf die Bedeutung des Obst- und Gartenbaues hingewiesen und betont hatte, daß eine wirksame Vertretung der Interessen des Obst- und Gartenbaues unbedingt angestrebt werden müsse, erteilte er dem Vertreter der Landwirtschaftskammer, Herrn Obst- und Gartenbaudirektor Pattloch-Halle das Wort.

In längeren Ausführungen beleuchtete dieser die Not des Obst- und Gartenbaues, die hauptsächlich auf die mangelhafte Organisation zurückzuführen sei. Die Rentabilität des produktiven größeren Obst- und Gartenbaues dürfe nicht verkannt werden. Es müsse unbedingt ein Weg gesucht werden, die bestehenden Mißstände zu beseitigen, um in dem Obst- und Gartenbau eine auskömmliche Erwerbsquelle zu finden. Dies könnte aber nur durch Zusammenschluß aller Obst- und Gartenbautreibenden zu größeren Verbänden erreicht werden, wie dies bereits in anderen Kreisen mit Erfolg geschehen sei.

Aufgabe eines solchen Verbandes würde es ferner sein, das Vereinswesen zu pflegen und zu fördern, um durch gegenseitigen Austausch praktischer Erfahrungen den Obst- und Gartenbau erfolgreicher zu gestalten, ferner den Kirschenbau, welcher gerade im Kreise Querfurt eine erste Rolle spiele, durch Sortenauswahl usw. weiterhin zu verbessern und schließlich auf die Bildung von Vereinen, wo solche noch nicht bestehen, hinzuwirken.

Zur Durchführung dieser Aufgaben sei ein Ausschuß aus Vorsitzenden, Geschäftsführer und Obstabsatzorganisator zusammenzusetzen. Landrat von Krause dankte dem Vorredner für die gemachten Ausführungen.

Nachdem festgestellt worden war, daß mit dem Anschluß der in der Versammlung vertretenen Vereine zu rechnen sei, wurde der Kreisverband der Obst-, Wein- und Gartenbauvereine des Kreises Querfurt gegründet und zum vorläufigen Vorsitzenden Herr Mühlenbesitzer W. Laute-Bitzenburg und zum vorläufigen Geschäftsführer Herr Gartenbaudirektor Lübben-Freyburg gewählt.

Einer späteren Zusammenkunft bleibt die Aufstellung der Satzungen, Regelung der Personenfrage und weiterer Verbandsangelegenheiten vorbehalten.

Querfurt, den 23. Februar 1923.

Der Landrat.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230224-16/fragment/page=0004
DFG

Halle und Saalkreis.

Halle, den 24. Februar 1923.

Erst im März Abgabe der Steuererklärungen.

Dem Reichstag liegt ein Gesetzentwurf vor, nach dem die Steuergesetze der Geldentwertung angepaßt werden sollen. Das Gesetz konnte nicht vor den ursprünglich festgesetzten Terminen für die Abgabe der Steuererklärungen fertiggestellt werden. Um keine unnütze Arbeit zu veranlassen, sollen die Steuererklärungen überhaupt erst im März abgegeben werden.

Dagegen sind die Steuerbücher für das Jahr 1922 spätestens bis zum 28. Februar an das Finanzamt abzuliefern.

Hilfe für die Werkstudenten.

Die hallische Studentenschaft erläßt einen Aufruf an die Bevölkerung Halles, dem wir unsere Unterstützung, soweit sie das soziale Empfinden erfordert und Möglichkeiten gegeben sind, nicht versagen möchten:

Durch die Ruhrbesetzung ist einem großen Teil der deutschen Studentenschaft die Möglichkeit genommen, als Werkstudent die nötigen Mittel für die Fortsetzung des Studiums zu erwerben. Dank des Entgegenkommens eines Teiles der Industrie ist es gelungen, einem Teil dieser Werksstudenten Arbeitsmöglichkeit zu verschaffen. Trotz der eigenen Not hat die hallische Studentenschaft es übernommen, den bedürftigen Kommilitonen Unterstützung in weitgehendstem Maße zukommen zu lassen. Sie wendet sich daher an die Bevölkerung Halles und bittet für die Zeit vom 1. März bis 15. April um Ueberlassung von Wohnungen, resp. möblierten Zimmern gegen Entgeld. Sie richtet fernerhin die dringende Bitte an die Behörden und Unternehmer, Arbeitsmöglichkeiten zu beschaffen. Auch bittet sie die Einwohnerschaft Halles, alte Arbeitsanzüge zu überlassen evtl. gegen Abnutzungsgebühr. Geldspenden werden dringend an das Konto „Rücklagefonds der hallischen Studentenschaft" bei der Darmstädter Nationalbank erbeten.

Meldungen werden Zimmer 5, Burse zur Tulpe, Alte Promenade 5, II, entgegengenommen. Fernsprecher 1123.

Beschränkung des Verkaufs von Gemeindeeigentum.

Das preußische Gesetz über den Verkehr mit Grundstücken.

Die letzte Ausgabe der Preußischen Gesetzsammlung bringt das Gesetz über den Verkehr mit Grundstücken. Es soll eine Handhabe bieten, um den unerfreulichen und unzweckmäßigen Verkäufen städtischer Grundstücke Einhalt zu gebieten, deren Zunahme seit einiger Zeit bereits eine öffentliche Gefahr für das Staatswohl bildet. Um den auf dem städtischen Grundstücksmarkt zutage getretenen Uebelständen zu begegnen, hatte die Gesetzesvorlage dreierlei in Aussicht genommen. 1. eine Genehmigungspflicht bei städtischen Grundstücksverkäufen; 2. ein Vorkaufsrecht zugunsten der Gemeinde in denjenigen Fällen, in denen die Versagung der Genehmigung nach den Vorschriften des Gesetzes zulässig war und 3. die Möglichkeit, an die Genehmigungen Auflagen zu knüpfen, die der Aufrechterhaltung einer ordnungsmäßigen Wohnungsfürsorge, an der die Gemeinden für ihre Bevölkerung auf das dringendste interessiert sind, dienen sollten.

Von diesen Maßnahmen ist die zweite — das gesetzliche Vorkaufsrecht der Gemeinden — nach lebhaften Auseinandersetzungen im verstärkten Gemeindeausschuß und im Plenum des Landtags gefallen, die dritte — Festsetzung von Auflagen — auf zwei im Gesetz ausdrücklich gekennzeichnete Fälle beschränkt worden. Im übrigen ist das Gesetz in seinen wesentlichen Teilen nach der Regierungsvorlage angenommen worden.

Mit dem Inkrafttreten des Gesetzes wird, so schreibt der Amtliche Preußische Pressedienst, künftig jedes Rechtsgeschäft über die Veräußerung eines städtischen Grundstücks der Genehmigung unterworfen, ausgenommen diejenigen, deren Wert ein ganz geringfügiger ist. Zuständig für die Erteilung der Genehmigung ist in Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern der Gemeindevorstand, im übrigen der Landrat. Die Genehmigung darf nicht nach freiem Ermessen, sondern nur dann versagt werden, wenn gewichtige allgemeine Interessen es erfordern. Was darunter zu verstehen ist, dafür gibt die Aufzählung besonders wichtiger Tatbestände im Gesetz, ohne erschöpfend zu sein, eine Uebersicht. Die Versagung der Genehmigung ist, außer an die vom Gesetz geforderten sachlichen Voraussetzungen, an die formelle Zustimmung eines Ausschusses gebunden, der mindestens zur Hälfte aus Grundstücksbesitzern bestehen muß. Um die im Grundstücksverkehr erwünschte Beschleunigung und Sicherheit zu gewährleisten, muß das Genehmigungsverfahren innerhalb dreier Wochen erledigt sein. Die gleiche Frist ist für das Beschwerdeverfahren vorgesehen, welches dem von der Versagung der Genehmigung Betroffenen an den endgültig entscheidenden Regierungspräsidenten offensteht.

Im übrigen bringen die Ausführungsvorschriften, die zurzeit dem Staatsrat vorliegen und mit deren Veröffentlichung bald zu rechnen ist, hinsichtlich der Anwendung des Gesetzes sowohl für die Behörden als auch für die Allgemeinheit die erforderlichen Erläuterungen.

Parteinachrichten.

Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre, Gewerkschaftsangestellte Betriebsvertrauensleute und Stadtverordnete der VSPD. Am Dienstag, dem 27. Februar, abends 7½ Uhr, im „Volkspark" wichtige Sitzung. Vollzähliges Erscheinen unbedingt notwendig. Mitgliedsbücher mitbringen. **Der Vorstand.**

* **Die Verordnung über die Polizeistunde und die Abhaltung von Tanzlustbarkeiten,** die der Oberpräsident der Provinz Sachsen, Genosse Hörsing, am 15. Februar erließ, wird durch Anschlag an den Plakatsäulen öffentlich bekanntgemacht.

* **Reinigung der Straße im Winter.** Die Polizei weist darauf hin, daß die Bürgersteige sowie Straßenübergänge nach eingetretenem Schneefall durch die Hausbesitzer von Winterglätte befreit werden müssen. Die Polizeibeamten sind angewiesen, gegen Säumige unnachsichtlich vorzugehen.

* **Neue Gebühren für Hebammen** hat der Regierungspräsident in Merseburg festgesetzt: Für den Beistand bei einer regelmäßigen Geburt für die Dauer bis zu 8 Stunden 4860 bis 9720 Mk., für jede folgende Stunde 480 bis 970 Mk. Werden auf Verlangen der Entbundenen oder ihrer Angehörigen weniger als 8 Wochenbesuche gemacht, so erhöht sich der Mindestsatz für den Beistand bei einer Geburt auf 8500 Mk. Für den Beistand bei einer Zwillingsgeburt, einer regelwidrigen Geburt, einer mit Blutungen und deren Folgen oder mit Eklampsie, mit Lösung der Nachgeburt oder mit mühsamer Wiederbelebung des Kindes verbundenen Geburt erhöht sich der Anfangssatz auf 6100 bis 12 200 Mk. Bei einer Entbindung, zu der ein Arzt zugezogen wurde, erhöht sich die Gebühr um 600 bis 1200 Mk. Für den Beistand bei einer Fehl- oder unzeitigen Geburt oder bei der Abnahme einer Mole für die Dauer bis zu 6 Stunden 2400 bis 4800 Mk., für jede folgende Stunde 475 bis 975 Mk. Für jeden vorgeschriebenen Wochenbesuch, einschließlich der dabei erfolgenden Untersuchungen und Verrichtungen, für jede angefangene Stunde bei Tag 600 bis 975 Mk., bei Nacht das Doppelte; für jeden sonstigen Besuch, einschließlich der dabei erfolgten Untersuchungen und Verrichtungen, für jede angefangene Stunde 600 bis 1200 Mk., bei Nacht das Doppelte; für eine Tagwache außerhalb der Zeit der Geburt (Besuch eingeschlossen) 1450 bis 2200 Mk., für eine solche Nachtwache 1350 bis 2900 Mk., für eine solche Tag- und Nachtwache 3000 bis 4800 Mk.; für eine Raterteilung in der Wohnung der Hebamme bei Tage 360 bis 610 Mk., bei Nacht das Doppelte; für eine Untersuchung in der Wohnung der Hebamme einschließlich der Raterteilung bei Tage 480 bis 850 Mk., bei Nacht das Doppelte; für ein schriftliches Zeugnis außer der Gebühr für die Untersuchung oder den Besuch 240 Mk. Als Nacht im Sinne vorstehender Vorschriften gilt in den Monaten April bis September die Zeit von 9 Uhr abends bis 7 Uhr morgens, in den anderen Monaten die Zeit von 9 Uhr abends bis 8 Uhr morgens.

* **Aenderungen im Postscheckverkehr.** Im Postscheckverkehr treten mit Wirkung vom 1. März folgende Aenderungen ein: 1. Der Betrag der Stammeinlage wird auf 1000 Mk. erhöht. 2. Die Einzahlungen mit Zahlkarte, die Ueberweisungen und die Auszahlungen durch Postscheck müssen auf volle Mark lauten. Im März werden noch Pfennigbeträge zugelassen, wenn sie zur Abrundung des Postscheckguthabens auf volle Mark dienen. 3. Der Einlieferer hat die Zahlkartengebühr bar zu entrichten. 4. Sammelaufträge werden nur noch zugelassen, wenn die Zahl der Empfänger mindestens 10 beträgt. 5. Die Meistbeträge werden für einen Postscheck auf 1 000 000 Mk., für telegraphische Zahlkarten, Ueberweisungen und Zahlungsanweisungen auf 200 000 Mk. erhöht.

* **Die preußische Grundsteuer in Kraft getreten.** Das Gesetz über die Erhebung einer vorläufigen Steuer vom Grundvermögen wird jetzt in der preußischen Gesetzsammlung veröffentlicht. Die Steuer bemißt sich, wie bereits mitgeteilt, nach dem Wert, der bei der Veranlagung zur Ergänzungssteuer im Jahre 1917 auf 1919 festgesetzt worden ist, und zwar beträgt der dazu veranlagte Wert für bebaute Wohngrundstücke das einfache, für die übrigen Grundstücke, insbesondere die landwirtschaftlich genutzten, das achtfache des Ergänzungssteuerwertes. Von diesem Wert erhebt der Staat eine jährliche Steuer von 6 vom Tausend. Dazu kommen die Zuschläge der Gemeinden. Veranlagungsbehörde ist der Steuerausschuß unter dem Vorsitz des Vorstehers des Katasteramts. Gegen seine Entscheidung ist die Berufung an den Berufungsausschuß gegeben, dessen Mitglieder teils vom Oberpräsidenten ernannt, teils vom Magistrat gewählt werden. Letzte Instanz ist das Oberverwaltungsgericht, das jedoch nur über Rechtsfragen entscheidet.

* **Weiterbeschäftigung verheirateter Lehrerinnen.** Ueber die Frage der Weiterbeschäftigung von Beamtinnen und Lehrerinnen nach ihrer Verheiratung schweben, wie der Minister für Handel und Gewerbe in einem Erlaß ausführt, im Hinblick auf Art. 128, Abs. 2, der Reichsverfassung und den Beschluß des Reichsgerichts vom 10. Mai 1921 Verhandlungen zwischen den beteiligten Reichsministerien und Länderregierungen. Bis die Verhandlungen zum Abschluß gekommen sind und eine endgültige Entscheidung getroffen ist, bestimmt der Minister dem Amtlichen Preußischen Pressedienst zufolge, daß die an den seiner Verwaltung zugehörigen Lehranstalten festangestellten Lehrerinnen, die nach ihrer Verheiratung im Amte zu bleiben wünschen, in ihrem bisherigen Anstellungsverhältnis zu belassen sind, und daß von der auf Grund des Vorbehalts in der Anstellungsurkunde bestehenden Entlassungsbefugnis kein Gebrauch zu machen ist. — Wegen der Weiterzahlung des Ortszuschlages und der Gewährung von Kinderbeihilfen an diese Lehrerinnen sind die bestehenden Besoldungsvorschriften zu beachten. Bei neuanzustellenden Lehrerinnen darf in die Berufungsurkunden kein Vorbehalt mehr aufgenommen werden, daß im Falle ihrer Verheiratung ihre Anstellungsfähigkeit erlischt.

* **„Ehrenbezeugungen durch Vorübergehen in gerader Haltung!"** Die mit Genehmigung des Staatsgerichtshofes im „Stahlhelm" organisierten Frontkämpfer gegen den Neuaufbau und für die militarisierte Unordnung generalversammelten sich am Mittwochabend im „Goldenen Hirsch", um sich einen neuen Führer, den Hauptmann a. D. Jüttner, zu küren. Der schwor, dem „Stahlhelm" die Treue zu halten, und legte dann die Grundsätze, nach denen er handeln will, dar. Natürlich gilt sein Kampf „dem internationalen Judentum" und „den Führern der Internationale", weil von der ein Weg zur Verständigung geebnet werden könnte, während die Kameraden vom „Stahlhelm" die Welt doch an Blut und Eisen genesen lassen wollen. Jüttner bezeichnet es als seine Aufgabe, den Nationalismus zu fördern. Die Marxisten sind Verräter. Um den Verrat zu bekämpfen, wurde im „Stahlhelm" die „Grußpflicht" (!) eingeführt: der jüngere grüßt den älteren. Wie, ist uns nicht bekannt. Vielleicht durch Anlegen der rechten Hand an die Kopfbedeckung; möglicherweise übt man in den Stahlhelm-Abenden auch bereits wieder „Ehrenbezeugungen durch Vorübergehen in gerader Haltung". Doch das soll uns gleichgültig sein. Welchen „deutschen" Gruß die monarchistischen Stoßtrüppler den Arbeitern entbieten, wenn die nicht scharf aufpassen und die Republik selbst schützen, wissen wir jedenfalls.

Hallische Filmschau.

* **C.-T., Riebeckplatz.** „Tausend und eine Nacht". Wer kennt sie nicht, diese orientalischen Märchen. Sagenhaftes Geschick einer Sultanstochter Goul-y-Hanari ist es, das den Untergrund der letzten Erzählungen, wie auch des hier gezeigten einzigartigen, farbenfrohen Films, bildende Schlußstück. So betont es wenigstens die Ueberlieferung. — Daß man hierzu der blendenden weiblichen Schönheiten bedurfte, erklärt sich aus dem Stoff.

Versammlungen und Veranstaltungen.

* **Im Volkspark** veranstaltet heute abend der Athletenklub „Achilles" einen Maskenball, im kleinen Saal die Naturfreunde einen Unterhaltungsabend. Morgen, Sonntag, im großen Saal Wintervergnügen des Arbeiter-Schwimmverein; im kleinen der Tanzzirkel „Martini" Maskenball. Im Restaurationssaal das beliebte Freikonzert.

* **Zoologischer Garten.** Am Sonntagnachmittag, 4 Uhr, findet in dem gutgeheizten Saale des Zoo ein Konzert und ab 7 Uhr abends der erste öffentliche Ball statt. Ein erstklassiges volles Orchester ist für diesen „Wiener Walzer- und Operettenabend" gewonnen worden.

Im Fluten der Preise.

Keine Zurückhaltung von Waren?

„Uns kann keener!"

Das Polizeipräsidium schreibt uns:

In den letzten Tagen sind bei der Wucherstelle des Polizeipräsidiums zahlreiche Anzeigen darüber vorgebracht worden, daß in den großen Fettwarengeschäften plötzlich das Schmalz aus den Läden verschwunden sei und wahrscheinlich in der Absicht spekulativer Gewinnerzielung zurückgehalten werde. Die Wucherstelle hat sofort in den Lagern und Läden der in Betracht kommenden Firmen eine Kontrolle der Bestände vornehmen lassen, die aber — wie aus den Erfahrungen durch frühere Revisionen zu erwarten war — ergebnislos verlaufen ist. Zurückgehaltene Bestände an Schmalz sind nirgends gefunden worden. Für die Annahme einer wucherischen Zurückhaltung besteht absolut kein Grund; es liegt vielmehr so, daß in den letzten Wochen bei hohen Dollarkursen Schmalz so gut wie nicht gekauft wurde, als im Laufe der letzten Woche die zurückgegangenen Dollarkurse entsprechend niedrigere Preise in Schmalz- und Fettwaren brachten, setzte dagegen eine derart stürmische Nachfrage ein, daß trotz beschränkter Abgabe alle verfügbaren Mengen in kurzer Zeit vergriffen waren. Dieser Zustand ist nicht allein in Halle wahrzunehmen. Der Berliner Marktbericht meldete gleichfalls andauernd sehr starke Konsumnachfrage bei rapider Abnahme der Lagerbestände.

Die Versorgung mit Schmalz ist jedoch durchaus nicht gefährdet, die nächsten Tage werden ausreichende, neue Zufuhren bringen.

•

Wir ehren den guten Willen und den guten Glauben der Polizei, können uns aber nach den Erfahrungen der letzten Jahre der Auffassung nicht verschließen, daß die geringen Ergebnisse der Wucherfahndung weniger auf die wachsende Ehrlichkeit, als vielmehr auf die sich an den eigenen Erfolgen schulende Schlauheit der Händler zurückzuführen sind. Natürlich ist es richtig, daß die Erbitterung des notleidenden Volkes auch die Entstehung von unbegründetem Verdacht gegen den einen oder den anderen Händler begünstigt.

•

Scheut den Kleinkrieg gegen den Wucher nicht!

Achtet auf die Anbringung von Preisschildern!

Der Kampf gegen den Wucher soll durch den Zwang, an den Waren Preisschilder anzubringen, unterstützt werden. Die von verschiedenen preußischen Ministerien gleichzeitig erlassenen Ausführungsvorschriften verbieten nicht nur die weitere Feilbietung von bereits verkauften Waren zu Lockzwecken, sondern nennen auch im einzelnen die Waren, an denen Preisbezeichnungen anzubringen sind.

Das sind: Schwarz-, Grau- und Weißbrotbrötchen, Zwieback — Fleisch, Fleisch- und Wurstwaren aller Art mit Ausnahme der Luxuswaren — Frische Fisch- und Räucherwaren einf. Art — Kartoffeln und Kartoffelerzeugnisse — frisches und getrocknetes Gemüse — Milch- und Milchpräparate — Butter, Margarine und sonstige Speisefette und Oele — Käse — Eier, Eipräparate sowie Eiersatzmittel — Mehl, Grieß, Graupen, Hülsenfrüchte, Teigwaren — Kaffee, Kaffeemischungen und Kaffee-Ersatz — Tee, Teemischungen und Tee-Ersatz — Kakao, Block-, Tafelschokolade und Schokoladenpulver — Zucker und einfache Zuckerwaren — Salz — Gewürze — frisches und getrocknetes Obst — Honig, Kunsthonig, Obstmus, Marmeladen — Futtermittel aller Art — Holz, Kohlen, Koks, Briketts, Torf, Karbid, Benzin, Benzol, Petroleum, Brennspiritus, Kerzen einfacher Art, Streichhölzer — Berufskleidung einf. Art — für den notwendigen Gebrauch bestimmte einfache Männer-, Frauen- und Kinderbekleidungsstücke, einfache Leib-, Unter-, Bett- und Hauswäsche nebst den Stoffen, aus denen sie hergestellt werden — Zwirn einfacher Art, Strickwolle, Nähgarn — einfache Männer-, Frauen- und Kinderhüte oder -Mützen — für den notwendigen Gebrauch bestimmte Schuhwaren und ihre Zutaten — einfache Lederwaren und Leder-Ersatzwaren — Möbel, Haus- und Küchengeräte einfacher Art, soweit sie zur Führung eines Haushalts notwendig sind — Reinigungsmittel, Haushaltsseifen, Bürstenwaren einfacher Art — Schreib- und Papierwaren einfacher Art, Schulartikel, Verbandstoffe — Tabak und Tabakwaren, Pfeifen einfacher Art — Handwerkszeug.

Die Verpflichtung zur Anbringung eines Preisschildes an einer Ware wird nur dadurch aufgehoben, daß die Ware zweifelsfrei bezeichnet in einem Preisverzeichnis aufgenommen ist.

Selbstverständlich werden die Waren durch die Anbringung von Preisschildern nicht unmittelbar billiger. Es ist aber ausgeschlossen, daß der Kaufmann die Schilder so oft ändern kann, wie er sonst die mündlich mitgeteilten Preise — oft geschah es stündlich — geändert hat. Alle Käufer, die auf strenge Befolgung der Verordnung über die Anbringung von Preisschildern achten, unterstützen den Kampf gegen den Wucher doch aber immerhin in etwas.

•

Die Milch gewissermaßen billiger.

Ein Liter 520 Mark!

Der Milchpreis ist für die Zeit vom 25. Februar bis 8. März auf 400 Mk. ab Stall, 410 Mk. frei Halle, 450 Mk. Molkereipreis und 520 Mk. Kleinverkaufspreis festgesetzt worden. Die „Verbilligung" beträgt ganze 20 Mk. in Bazillenzetteln oder weit weniger als einen halben Friedenspfennig. Wahrscheinlich lassen die Berliner Butternotierungen bei einem Dollarrückgang um durchschnittlich 50 Prozent eine — kühnere Begünstigung der tuberkulösen Mütter und skrofulösen Säuglinge nicht zu. Uns wundert nur, daß die Landwirte und Molkereien bei einem derart ermäßigten Milchpreise das sogenannte **„Milchnotopfer" von 10 Mk. für ein Liter** (wer lacht da?) unverkürzt abführen und nicht auch hier einen Abstrich von fast 4 Prozent machen.

•

Sind Gas und Wasser teuer?

Ein Vergleich belehrt.

Die Hausfrau durchfährt jähes Erschrecken, wenn sie aus der Rechnung der städtischen Werke ersieht, welchen Betrag sie für Gas und Wasser bezahlen muß, oder aus der Zeitung, um wieviel die Sätze für einen Kubikmeter — rein zahlenmäßig — wieder heraufgesetzt worden sind. Vielleicht verschafft es der einen oder der anderen eine kleine Tröstung, wenn sie sich dabei sagen kann, daß Halle in dem Punkte den billigsten Städten näher steht als den teuersten. Ein Vergleich wird ihr das zeigen. Die Preise betragen im Februar

	für Gas:	für Wasser:
in Halle	500 Mk.	175 Mk.
„ Leipzig	400 „	220 „
„ Dresden	600 „	400 „
„ Magdeburg	650 „	noch nicht bestimmt
„ Erfurt	700 „	185 Mk.
„ Halberstadt	660 „	265 „
„ Hannover	480 „	174 „

Haltet Euch frei
für Donnerstag, den 1. März, abends 6 Uhr,
zur
öffentlichen Volksversammlung der VSPD.
im „Volkspark"
Landtagsabgeordneter Ernst Heilman-Berlin
spricht über das Thema:
„Volkswille oder Militärdiktatur?"
Werbt für guten Besuch!

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230224-16/fragment/page=0005
DFG

Aus der Provinz.

Bessere Jugendwohlfahrtspflege.

Von Friedrich Kiesis.

Nach jahrelangen Vorbereitungen kam im vergangenen Jahre das Reichsgesetz für Jugendwohlfahrt zustande, das unterm 29. Juli 1922 veröffentlicht wurde. Es soll am 1. April 1924 in Kraft treten. Es ist aber auch angängig, daß das Gesetz ganz oder teilweise für einzelne Länder früher oder später in Kraft gesetzt wird. Zurzeit sind die dazu berufenen Stellen damit beschäftigt, die nötigen Vorbereitungen zur Einführung des Gesetzes zu treffen. Der Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt veranstaltete am 30. und 31. Januar im Reichstagsgebäude eine Aussprache einer größeren Anzahl von Sachverständigen über die Gestaltung der zum Gesetz für Reich und Länder noch zu erwartenden Ausführungsbestimmungen. Er hat sich damit ein großes Verdienst erworben.

Bisher schon bestanden verschiedene gesetzgeberische Einzelmaßnahmen auf dem Gebiete der Jugendwohlfahrt. Es sei verwiesen auf die Gesetze über die Fürsorgeerziehung, die Einrichtung der Gemeindewaisenräte, das Kinderschutzgesetz usw. Es ist schon eine reichliche Buntscheckigkeit der Einrichtungen entstanden, die zur Kräftevergeudung durch doppelte Arbeit und nicht selten auch zu Reibungen der zuständigen Stellen führte. So entstand das Streben nach Vereinheitlichung und Vereinfachung durch das in Frage stehende Gesetz. Dieses bildet nur einen „Rahmen", das heißt, es beschränkt sich auf die Regelung der Grundzüge; Leben und Gestalt wird es eigentlich erst so recht durch die Ausführungsgesetze der einzelnen Länder empfangen. Ganz bewußt gewährt es diesen den breitesten Spielraum und läßt ihnen so die Möglichkeit offen, die Organisation ihrer sozialen und politischen Eigenheit anzupassen. Das Gesetz befaßt sich nicht nur mit der bereits verwahrlosten und gefährdeten Jugend, sondern überweist den zu errichtenden verschiedenartigen Jugendämtern in weitestem Maße auch die Obhut über die normale Jugend, denn die Vorbeugung ist immer leichter als die Heilung.

Nimmt der Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt Stellung zu den Fragen der Jugendfürsorge, so ist es selbstverständlich, daß dies vom Standpunkte der sozialdemokratischen Weltanschauung aus geschieht. Ist doch die Hauptaufgabe des Ausschusses

die Mitwirkung der Arbeiterschaft bei der Wohlfahrtspflege,

um hierbei die soziale Auffassung der Arbeiterschaft durchzusetzen. Nachdem die sozialdemokratische Arbeiterschaft sich mit allen möglichen Kulturproblemen organisatorisch befaßt, muß sie auch das große Gebiet der allgemeinen Wohlfahrtspflege durchdringen. Hieraus ergab sich die Stellung des Hauptausschusses zum Jugendwohlfahrtsgesetz von selbst. Sie wurde von der Genossin Toni Pfülf dahin festgelegt, daß die Sozialdemokratie zwar dem Gesetz viel Opposition bereitet habe, daß wir uns aber nun auf den Boden des Gesetzes zu stellen haben und sehen müssen, was daraus zu machen ist. Wir fügen hinzu, daß kaum jemals besser als auf das Jugendwohlfahrtsgesetz der Satz angewendet werden kann, daß der Geist lebendig macht. Auf die Sorgfalt und Liebe, mit der das Gesetz durchgeführt wird, kommt es an, und nach dieser Richtung will die Sozialdemokratie Einfluß nehmen. Läßt doch die ungewöhnliche Not des ganzen Volkes und besonders der Jugend die große Bedeutung der Jugendwohlfahrt in sozialpolitischer Hinsicht besonders hervortreten.

Von den Einzelfragen, mit denen sich die Konferenz beschäftigte, sei zunächst die der

Reichsausführungsbestimmungen

hervorgehoben. Hierzu führte Genosse Stadtrat Dr. Friedländer aus, daß die Organisation der privaten Jugendpflege den früher von ihnen übernommenen Aufgaben nicht mehr gewachsen ist. Sie wird auch jetzt schon überwiegend aus öffentlichen Mitteln unterstützt. Es ist zu fordern, daß die der Jugendwohlfahrt dienenden Organisationen der Arbeiterschaft mindestens gleichberechtigt neben konfessionellen und Sonderbestrebungen gewidmeten Vereinigungen behandelt werden. Auf einen nachhaltigen Ausbau der Jugendwohlfahrtsorganisation usw. ist hinzuwirken. Zum Schluß forderte Redner, daß das Gesetz in möglichst vielen Gebieten schon zum 1. April 1923 in Kraft gesetzt wird. Die Initiative der einzelnen Länder soll durch die Reichsausführungsbestimmungen keineswegs beschränkt oder erdrückt werden. Vom Verfasser dieses Artikels wurde darauf hingewiesen, daß die Einführung des Gesetzes mit großen Widerständen zu kämpfen habe. Es sind schon Deputationen von Gemeindeverbänden in Berlin vorstellig geworden, die um möglichst lange Hinauszögerung der Einführung des Gesetzes ersucht haben. Zur Begründung wird auf die ungünstige Finanzlage der Gemeinden und öffentlichen Körperschaften verwiesen. Es sei dahingestellt, ob dies zutreffe. Jedenfalls gehe man vielfach mit der Absicht allergrößter „Sparsamkeit" an die Sache heran. Bei dieser Sachlage dürfe man die Ausführungsvorschriften nicht allzusehr ausdehnen, denn sonst bleibe noch mehr auf dem Papier stehen. — Bei den

Aufgaben der Landesjugendämter

trat der Berichterstatter, Landeshauptmann Dr. Caspari, dafür ein, daß die Landesjugendämter den Selbstverwaltungskörpern, in Preußen also den Provinzialverbänden, angegliedert werden. Diese verrichten schon viel Fürsorgearbeit, wie die Fürsorgeerziehung, die Kriegsfürsorge, die Landarmenpflege usw. Man stimmte dem zu. Alle Aufgaben auf dem Gebiete der Jugendwohlfahrt, die bisher von anderen öffentlichen Behörden erfüllt werden, sind jetzt durch einheitliche Jugendwohlfahrtsbehörden zu erledigen.

Ueber Jugendamt und Verein sprach Obermagistratsrat Ollendorf. Das Ziel habe die öffentliche Pflege zu sein. Eine grundsätzliche Absage an die privaten Vereine ist jedoch nicht angängig. Es muß jedoch ein Hand-in-Hand-arbeiten stattfinden und der Gedanke der Einheitsarbeit muß die Wohlfahrtspflege beherrschen. Vertreter der privaten Arbeit sind in den amtlichen Stellen und Vertreter dieser bei den privaten Veranstaltungen zuzuziehen. Es müsse Einspruch dagegen eingelegt werden, daß öffentliche Mittel nicht durch öffentliche Stellen, sondern unmittelbar an die privaten Vereine verteilt werden.

Es sprachen noch Frau Regierungsrat Wachenheim über die Mitwirkung bei der Aufsicht der Kinderarbeit, Frau Regierungsrat Meta Kraus-Fessel über die Mitwirkung bei der Polizeiaufsicht über Minderjährige, Frau Reichstagsabgeordnete Toni Pfülf über Ausführungsbestimmungen zur Fürsorgeerziehung, Ministerialrat Wittelshöfer über die öffentliche Unterstützung hilfsbedürftiger Jugendlicher und Frau S. Wronsky über die Schulung der Wohlfahrtsbeamten. Besonders wurde u. a. hervorgehoben, daß die Fürsorgeerziehung das letzte Mittel der Jugendfürsorge zu sein habe. Nur zu häufig werde danebengegriffen. Man müsse auch mehr Selbsthilfe treiben, meinte Genosse Dr. Helmerich (Nürnberg). In der Fürsorgearbeit müßten auch Parteigenossen mehr Opfer bringen, indem sie sich für Ehrenämter, z. B. als Vormund, zur Verfügung stellen. Namentlich der neue, durch das Jugendwohlfahrtsgesetz einzurichtende Apparat brauche viel Mithelfer. Sorgen wir dafür, so meinte Genossin Wronsky, daß viele von ihnen von unserer Weltanschauung durchdrungen sind.

Zu all den berührten Fragen wurden von Unterausschüssen Leitsätze ausgearbeitet. Sie werden veröffentlicht und den zuständigen Behörden übermittelt werden. Der Hauptausschuß für Arbeiterwohlfahrt hat mit der Veranstaltung jedenfalls höchst fruchtbare Arbeit geleistet.

Vom mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Der Januar-Bericht. — Bedeutende Steigerung der Produktionsziffern gegen das Vorjahr.

Im Gebiete des mitteldeutschen Braunkohlenbergbaues betrug nach vorläufigen Erhebungen die Rohkohlenförderung im Monat Januar 1923: 8 684 391 Tonnen, die Brikettherstellung 1 935 478 Tonnen und die Kokserzeugung 37 821 Tonnen (Vormonat: Rohkohlenförderung 8 304 300 Tonnen, Brikettherstellung 1 747 604 Tonnen, Kokserzeugung 38 455 Tonnen). Die Rohkohlenförderung hat mithin eine Steigerung von 4,58 Prozent, die Brikettherstellung eine solche von 10,75 Prozent und die Kokserzeugung einen Rückgang von 1,65 Prozent erfahren. Der Monat Januar hatte 26, der Vormonat dagegen nur 24 Arbeitstage. Die arbeitstägliche Erzeugung belief sich deshalb im Monat Januar für Rohkohle auf 334 015 Tonnen, für Briketts auf 74 441 Tonnen, für Koks auf 1455 Tonnen (Vormonat: Rohkohle 346 018 Tonnen, Briketts 72 817 Tonnen, Koks 1602 Tonnen). Auf die arbeitstägliche Erzeugung bezogen, hat die Rohkohlenförderung mithin im Monat Januar, verglichen mit dem Vormonat, einen Rückgang von 3,47 Prozent, die Brikettherstellung eine Steigerung von 2,23 Prozent und die Kokserzeugung einen Rückgang von 9,18 Prozent erfahren.

Im Monat Januar des Vorjahres betrug die Rohkohlenförderung 7 817 804 Tonnen, die Brikettherstellung 1 660 840 Tonnen, die Kokserzeugung 35 041 Tonnen. Verglichen mit diesem Monat hat die Rohkohlenförderung im Berichtsmonat mithin eine Steigerung von 11,08 Prozent, die Brikettherstellung eine solche von 16,57 Prozent und die Kokserzeugung von 7,93 Prozent erfahren. Da auch der Monat Januar des Vorjahres 26 Arbeitstage hatte, gelten diese Prozentzahlen ebenfalls für die Steigerung der arbeitstäglichen Erzeugung in den beiden Vergleichsmonaten.

Die Wagengestellung ließ nichts zu wünschen übrig. — Das Angebot an Arbeitskräften war infolge gelegentlicher Betriebseinschränkungen in der Maschinen- und Textilindustrie größer als in den Vormonaten. Zu Arbeitsniederlegungen kam es im Berichtsmonat nicht.

Die Sammellisten

zur Schaffung eines Fonds zur Durchführung der kommenden Stadtverordneten- und Gemeindevertreterwahlen

müssen in allen Betrieben

zirkulieren. Nicht nur den Parteimitgliedern, sondern auch den Anhängern und Freunden der Partei müssen sie

zur Zeichnung vorgelegt werden

Der mitteldeutsche Wohnungsbau im Jahre 1923.

Es muß gebaut werden!

Welches außerordentliche Interesse heute der überaus brennenden Frage des Wohnungsbaues entgegengebracht wird, zeigte eine von der Mitteldeutschen Heimstätte nach Magdeburg einberufene Besprechung, zu der Vertreter aller am Wohnungsbau interessierten Behörden, sowie der Städte, Kreise, Landgemeinden und Bauvereinigungen des Regierungsbezirks erschienen waren. Der Vorsitzende der Heimstättengesellschaft, Regierungsbaumeister a. D. Knoblauch, entwarf in einem instruktiven Referat ein Bild von der jetzigen Lage des Wohnungsmarktes. Der Wohnungsbau müsse trotz der eingetretenen Markentwertung wieder in Gang gebracht werden. Nur dadurch könne eine weitere Verschärfung der Wohnungsnot mit all ihren schweren politischen und sittlichen Folgen abgewendet werden. Ebenso müsse durch Wiederaufnahme des Wohnungsbaues der drohenden Arbeitslosigkeit entgegengewirkt werden. Für die Fertigstellung der Bauvorhaben des Jahres 1922 seien vom Reiche bisher 18 Milliarden Mark Vorschüsse gezahlt, deren Rückzahlung aus der vom Reichstag festgesetzten 3000-prozentigen Wohnungsbauabgabe erfolgen solle. Ob diese Quote ausreichen wird, um das Bauprogramm für das Jahr 1923 durchführen zu können, wird vom Referenten stark bezweifelt. Die angestellten Berechnungen für das Neubauprogramm 1923 sind auf Grund eines Siedlungshauses von 70 Quadratmeter Wohnfläche mit Stall in einem eingeschossigen Hause mit eingebautem Dachgeschoß aufgestellt. Die Baukosten hierfür würden heute etwa 20 Millionen Mark betragen. Von den Baumaterialien sei es das Holz, was am stärksten im Preise gestiegen sei. Waren es in der Vorkriegszeit die Löhne, die den Preis eines Neubaues bestimmten und verteuerten, so sind es jetzt die Materialien, die besonders ins Gewicht fallen. An der Hand von zahlreichen ausgestellten Tafeln wurde nachgewiesen, wie besonders im letzten Jahre die Fuhrkosten und die Preise für die Baumaterialien enorm gestiegen sind. In seinen weiteren Ausführungen beschäftigte sich der Referent mit der Art der Aufbringung der Baukosten, die mit einer Leistungspflicht der Arbeitgeber verknüpft werden müßte, ferner mit der Kreditfrage und vor allem mit der Baustoffbeschaffung. Hier müsse der Wucher und der illegitime Handel mit allen Mitteln bekämpft werden. Nach einer sehr regen Aussprache wurde eine Entschließung angenommen, worin die wichtigsten Forderungen für den zukünftigen Wohnungsbau niedergelegt sind.

Konferenz sämtlicher Rentenempfänger für Mitteldeutschland.

Hierdurch machen wir nochmals die Ortsgruppen sämtlicher Rentenempfängerorganisationen Mitteldeutschlands auf die am

Sonntag, dem 4. März, in Erfurt

im Restaurant „Großer Kurfürst", Schlachthofstraße, stattfindende Konferenz aufmerksam. Die Tagesordnung ist bereits bekanntgegeben. Beginn der Tagung Sonntag früh pünktlich 8 Uhr.

Die Delegierten, die bereits am Sonnabendabend kommen und ein Quartier benötigen, müssen dies unbedingt bis zum 27. Febr. melden, und zwar an folgende Adresse: Ernst Stange, Erfurt, Nordstraße 63. Wer die Meldung unterläßt, kann dann nicht mehr auf ein Quartier reflektieren.

Internationaler Bund der Kriegsopfer Deutschlands, Gau Mitteldeutschland. Reichsbund der Kriegsbeschädigten und Kriegerhinterbliebenen, Gau Thüringen. Zentralverband der Arbeitsinvaliden, Ortsgruppe Erfurt.

Die Nimmersatten.

In einer Stadt unserer Provinz kamen einige Gespanne eines Gutsbesitzers mit Getreide beladen zu einer Getreidehandlung, um sich der wertvollen Ladung zu entledigen. Der jedenfalls mit anwesende Inspektor konnte sich mit der Getreidefirma über den Preis nicht einigen. Die Senkung des Dollars hatte auch eine Wirkung auf die Produktenbörse ausgeübt. Der Getreidepreis für Weizen war bis auf 48 000 Mk. pro Zentner gesunken. Dieser Preis war dem verkaufenden Landwirt zu niedrig. Kategorisch erklärte er, dafür verkaufen wir nicht; der Zentner wird noch 100 000 Mk. kosten. Er gab dem Gespannführer den Befehl, umzulenken und das Getreide wieder auf den Speicher zu bringen. So sieht die nimmersatte Gesellschaft aus. Sie brüsten sich, national bis auf die Knochen zu sein und singen Deutschland hoch in Ehren, wenn der Dollar steigt und mit ihm die Preise für das Getreide. Hunger und Not kennen diese Leute nicht, wenn sie nur haben, die anderen können darben.

Fünfundzwanzig Papiermark

spendeten etliche Bauern in Glesien am Dienstag, dem 18. Februar, für die Ruhrspende, als eine Liste zum Einzeichnen im Orte herumging. Einige von diesen „Armen" haben fünf Pferde im Stall stehen. Was soll da ein Landarbeiter geben, der nur 5000 Mk. Wochenverdienst hat?

Auch in Groß-Corbetha zeigten sich einige Landwirte besonders nationaldenkend. Sie spendeten sage und schreibe zweihundert Papiermark. Die Arbeiter zeichneten im Durchschnitt größere Beträge, trotzdem sie sich ihre Opfergroschen vom Munde abdarben mußten. So sieht der „Patriotismus" der Herren von Ar und Halm aus.

Die Ruhrspende der Leunaarbeiter und der „Klassenkampf".

Kommunistischer Schwindel.

Zur Ruhrspende im Leunawerk sind in verschiedenen Nummern des „Klassenkampf" völlig entstellte Berichte erschienen. Zur Klarstellung sei über diese Angelegenheit folgendes berichtet:

Dem Betriebsausschuß wurde mitgeteilt, daß die Direktion, gemäß den zwischen den Spitzenorganisationen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber getroffenen Vereinbarungen, der gesamten Belegschaft einen Stundenverdienst bzw. ein Zweihundertstel des Monatsgehaltes bei der nächsten Lohn- bzw. Gehaltszahlung als „Ruhrspende" einbehalten wolle.

Der Betriebsausschuß, sowohl als auch der Gesamt-Betriebsrat, haben sich mit der Vornahme einer gemeinsamen Sammlung nicht einverstanden erklärt und haben auch aus diesem Grunde den erlassenen Aufruf nicht mit unterzeichnet. Der Betriebsrat hat es jedoch für seine Pflicht erachtet, den im Ruhrgebiet durch die Besetzung, sowie den im unbesetzten Deutschland durch Kohlenmangel arbeitslos werdenden und dadurch in Not geratenen Kollegen seine Unterstützung zu leihen. Solidaritätsgefühl war von jeher einer der edelsten Züge der denkenden Arbeiterschaft und wird es auch in diesem Falle bleiben. Auch dann, wenn die gesammelten Gelder nicht zu kommunistischen Propagandazwecken Verwendung finden. Eine geschlossene Stellungnahme der in Nr. 44 des „Klassenkampf" erwähnten kommunistischen Fraktion des Betriebsrates — konnte beim besten Willen nicht festgestellt werden. Es wurde vielmehr und zwar nur gegen eine Stimme beschlossen, die von der Arbeiterschaft eingezogenen Beträge genau zu prüfen und über die Verwendung der Sammlung selbst zu bestimmen.

Wir geben selbstverständlich gern zu, daß die Aufrufe des „Klassenkampf" bei der Belegschaft vornehmlich bei dem Indifferenten — also bei denen, die grundsätzlich andere für sich arbeiten lassen — Verwirrung angerichtet haben. Zum Beweis werden ja auch diejenigen Betriebe angeführt, in denen die Zahl der Nichtorganisierten — trotz umfangreicher und erfolgreicher Tätigkeit des Betriebsrates für sie — am größten ist. Wie sieht es aber in Wirklichkeit aus? Der „Klassenkampf" schreibt:

„Im Lokomotivbetrieb zahlten von 140 Kollegen nur 4 Mann, in der Gasfabrik von 140 Kollegen nur 3 Mann und im Bau 15 (Hauptwerkstätte) von 580 Kollegen nur 15 bis 20 Mann."

Richtig ist jedoch, daß

im Lokomotivbetrieb von 443 Kollegen insgesamt 166, in der Gasfabrik von 461 Kollegen insgesamt 234 und im Bau 15 von 1088 Kollegen insgesamt 628 Mann

die Zahlung verweigerten. — Im gesamten Werk verweigerten den Abzug 4027 Mann = 88,1 Prozent, und von den rund 2650 Angestellten niemand. Wir können aus dieser Aufstellung unmöglich 80 Prozent der Belegschaft — wie der „Klassenkampf" seine bedauernswerten Leser objektiv „informiert" — herausrechnen.

Das Gesamtergebnis der Sammlung war folgendes:

Organisation der Akademiker 2 291 000 Mk. (freiwillige Sammlung); Angestellte und Beamte einschl. Akademiker 3 840 830 Mk. (ein Zweihundertstel des Monatsgehalts); Arbeiter (69,9 Proz.) 2 995 439 Mk. (ein Stundenverdienst vom Januar).

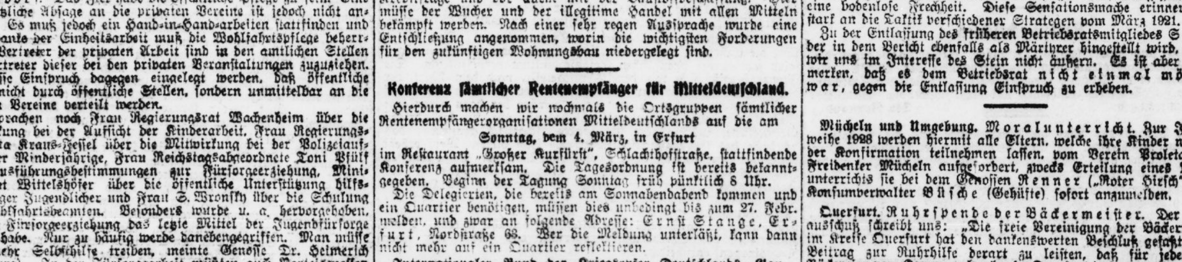
Die zuletzt genannte Summe wurde dem Betriebsrat überwiesen, der hierüber mit dem Bezirksausschuß des ADGB. gemeinschaftlich verfügt.

Wenn wir schon in Vorstehendem den Nachweis erbrachten, daß keine Lüge zu dick ist, um nicht geglaubt zu werden, so ist jedoch die letzte Behauptung des kommunistischen Schmierfinken, es seien in den letzten Tagen 200 Ehrhardtleute zur Einstellung gekommen, eine bodenlose Frechheit. Diese Sensationsmache erinnert sehr stark an die Taktik verschiedener Strategen vom März 1921.

Zu der Entlassung des früheren Betriebsratsmitgliedes Stein, der in dem Bericht ebenfalls als Märtyrer hingestellt wird, wollen wir uns im Interesse des Stein nicht äußern. Es ist aber zu bemerken, daß es dem Betriebsrat nicht einmal möglich war, gegen die Entlassung Einspruch zu erheben.

Mücheln und Umgebung. Moralunterricht. Zur Jugendweihe 1923 werden hiermit alle Eltern, welche ihre Kinder nicht an der Konfirmation teilnehmen lassen, vom Verein Proletarischer Freidenker Mücheln aufgefordert, zwecks Erteilung eines Moralunterrichts sie bei dem Genossen Renner („Roter Hirsch") oder Konsumverwalter Büsche (Gehüfte) sofort anzumelden.

Querfurt. Ruhrspende der Bäckermeister. Der Kreisausschuß schreibt uns: „Die freie Vereinigung der Bäckermeister im Kreise Querfurt hat den dankenswerten Beschluß gefaßt, einen Beitrag zur Ruhrhilfe derart zu leisten, daß für jeden den Bäckereien vom Kommunalverbande Querfurt in der zweiten Hälfte des Monats Februar 1923 zugewiesenen Zentner Mehl durch die Mühlenvereinigung im Kreise Querfurt ein Betrag von 50 Mk. besonders in Rechnung gestellt und der sich hierdurch ergebende



Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230224-16/fragment/page=0006

Gesamtbetrag sodann von der Kreismehlverteilungsstelle in einer Summe als Gabe der Bäckermeister zur Ruhrhilfe abgeführt wird.

„Wir warten ja schon lange darauf!"

Aus dem Gewerkschaftskartell Delitzsch.

Delitzsch, den 23. Februar 1923.

In der am Dienstag stattgefundenen außerordentlichen Kartellsitzung hielt Genosse Berlling (Merseburg) ein Referat über die gegenwärtige Lage. Ausgehend von dem Zusammenbruch des Jahres 1918 kam er auf die Wirkung des Friedensvertrages zu sprechen. Im besonderen behandelte der Referent die Ruhrbesetzung durch den französischen Militarismus und deren für die Arbeiterschaft besonders fühlbaren Folgen. Er wies darauf hin, wie durch die Entwertung unseres Geldes die Preise für alle notwendigen Bedarfsartikel ins Ungemessene gestiegen sind und wie bei einer längeren Dauer des Ruhrkampfes Arbeitslosigkeit als nächste Folge eintreten müsse. Pflicht der Gewerkschaften sei es hier, ihren ganzen Einfluß einzusetzen, um die Schäden von den Schultern der Arbeiterschaft abzuwälzen. Ein bezeichnendes Schlaglicht auf die geistige Beschaffenheit mancher „Kommunisten" fiel bei der Schilderung des eventuell einsetzenden Elends durch den Zwischenruf eines unentwegten KPD.-Mannes. Er rief: „Wir warten ja schon lange darauf!" Also auf das Elend der anderen Volksgenossen warten diese Helden. Durch diesen Zwischenruf offenbarte dieser Moskaujünger eine Gemütsroheit, die ihresgleichen sucht. Oder glaubt man wirklich, durch das Elend der Arbeiterschaft zum „Kommunismus" zu kommen?

Im übrigen bewegte sich die Aussprache ausnahmsweise in sachlichen Bahnen. Allseitig wurde gewünscht, daß die Leitung des ADGB. eine selbständigere Politik treibt und sich nicht wieder von der alten Burgfriedenspolitik leiten läßt. Die übliche kommunistische Resolutionswalze wurde wieder in Bewegung gesetzt. Die Kartellbeiträge betragen für das 1. Quartal 20 Mk. für männliche und 15 Mk. für weibliche Mitglieder. Die Beiträge sind bis Sonntag, den 24. Februar, an den Kassierer abzuführen.

Zörbig. Rätselhaftes Verschwinden. Der in verschiedenen Strafverfahren gesuchte 19jährige Fleischer Paul Porada von hier wurde vor einigen Wochen in der Umgegend als Leiche aufgefunden. Wenigstens glaubte die am Fundorte erschienene Gerichtskommission, wie auch die Mutter des Gesuchten, die Leiche mit Bestimmtheit wiederzuerkennen. Es wurde Selbstmord festgestellt, die Leiche von der Staatsanwaltschaft freigegeben und als Paul Porada beerdigt. Kürzlich erhielten nun die hier ansässigen Eltern einen Brief des Vermißten aus der Schweiz, dessen Handschrift ebenfalls von den Eltern mit Bestimmtheit als die ihres Sohnes erkannt wurde. Man darf gespannt sein, wie sich die rätselhafte Sache aufklären wird.

Holzweißig. Ueberfall auf einen Kutscher. Gestern früh 7½ Uhr wurde ein Kutscher, der für seinen Arbeitgeber in Delitzsch Kohlen holen wollte, kurz vor unserem Ort in räuberischer Absicht heimtückisch überfallen. Ein junger Mensch von etwa 20 Jahren sprang von hinten auf den Wagen und versetzte dem Kutscher mehrere Hammerschläge über den Kopf. Als andere Kohlenwagen in Sicht kamen, ergriff der Räuber die Flucht. Der Täter konnte leider noch nicht gefaßt werden. Die Verletzungen des Ueberfallenen sind glücklicherweise nicht lebensgefährlich.

Mehringen. Wo steckt das Geld? Unserem Bernburger Bruderblatt wird geschrieben: Bei der Versteigerung eines hiesigen Gutshofes, bestehend aus Wohnhaus, Wirtschaftsgebäude, Hofraum und Garten in Gesamtgröße von 82 Ar wurde ein Preis von 70 Millionen Mark erzielt. Käufer war ein Landwirt. Lichtleitung, ein beträchtlicher Teil der Einfriedigung, Krippen, Raufen und Verschläge waren vom Kauf ausgeschlossen, da der jetzige Pächter, ein nebenan wohnender Gutsbesitzer, dies auf seine Kosten hat herstellen lassen. Bemerkenswert ist, daß das Wohnhaus in einem fast unbewohnbaren Zustande ist. Es ist die höchste Zeit, daß das Finanzamt das Einkommen dieser Herren energischer erfaßt, denn das Sturmlaufen gegen die Gewerbe- und Grundwertsteuer ist nur erkünstelte Geste und Aufregung. Nicht unerwähnt möchte ich lassen, daß die lachenden Erben nach den Verkaufsbedingungen dem Käufer die Wertzuwachssteuer aufhalsen wollten.

Schköna. Ein billiger Triumph. In der letzten Mittwoch-Ausgabe des „Klassenkampf" wird ein Versammlungsbericht aus Schköna veröffentlicht, der wahrscheinlich von dem Referenten Riebenstahl selbst verfaßt ist. Aus diesem Bericht ist zu ersehen, was für eine hohe Meinung der Referent von sich selbst und seinem politischen „Verstehstemich" hat. Von seinen Auftraggebern hätte er aber anläßlich seiner „Glanzleistung" Ohrfeigen statt Beweihräucherung verdient. So oberflächlich haben wohl selten Versammlungsbesucher ein wirklich wichtiges Thema vorgetragen bekommen. Der „Klassenkampf" schreibt, daß der Beifall den Beweis erbrachte, daß die Arbeiterschaft die gezeigten Wege als richtig erkannt hat. In Wirklichkeit steht es jedoch auf diesem Gebiete sehr windig aus. Der Referent zeigte nämlich überhaupt keine Wege, sondern ein Labyrinth von Phrasen. Ein Diskussionsredner stellte dem Referenten die kategorische Frage, wie er sich den Abwehrkampf vorstelle, den er im Vortrag bejaht habe. Um die Beantwortung dieser Frage drückte sich Riebenstahl mit leeren Worten und stellte statt dessen dem Diskussionsredner nur das Zeugnis aus, daß er ein guter Rechtssozialist sei und nie Kommunist werden könnte. Auf Zuruf sagte er aber im Gegensatz zu anderen Kommunisten, das sei keine Schande. Die moralischen Eroberungen, die Riebenstahl in Schköna gemacht haben will, leben nur in seiner Phantasie.

Düben. Großfeuer. Die neuerbaute, erst acht Tage im Betrieb befindliche hiesige Kienfabrik, dem Herrn Kaufmann gehörig, brannte gestern abend fast völlig nieder. Das Feuer fand in den dort zur Fabrikation kommenden Fetten, Oelen, Teer usw. reichliche Nahrung. Ueber seine Entstehungsursache konnte noch nichts ermittelt werden.

Kelbra. Hohe Grundstückpreise. Am Montag fand im „Ratskeller" der Verkauf eines Wohnhauses statt. Für das einstöckige Haus wurden über 2 Millionen Mark gezahlt. Für den Kirschberg des verstorbenen Schachtarbeiters Christoph Schröter wurde ein Kaufpreis von 600 000 Mk. erzielt und von dem Knopffabrikanten K. Ulle käuflich erworben.

Bennungen. Die VSPD. und die Ruhrbesetzung. In einer öffentlichen Versammlung sprach hier am Sonntag Genosse Peters (Halle) über das gegenwärtig aktuelle Thema: „Die Ruhrbesetzung und das deutsche Volk". Ausgehend von den Zielen der französischen Schwerindustrie kennzeichnete er die Gewaltpolitik der kapitalistischen Staaten. Die Entwicklung zeigt aber, daß mit Gewalt wirtschaftliche Fragen nicht gelöst werden können, deshalb müsse auch jetzt alles getan werden, die Ruhraktion durch eine Verständigung beizulegen. An den beifällig aufgenommenen Vortrag schloß sich eine kleine Diskussion. Eine Tellersammlung erbrachte den Betrag von 1955 Mk.

Stolberg (Harz). Weltpolitische und lokale Krisen. So lautete das Thema einer Versammlung, die am vergangenen Sonntagabend hier im „Bürgergarten" stattfand. Genosse Kasparek (Halle) sprach im ersten Teil seiner Ausführungen über die Ruhraktion des französischen Militarismus und die damit im Zusammenhang stehenden Fragen. Bis auf einige Waldarbeiter, die sich für Kommunisten halten und den Redner durch allerlei Zwischenrufe zu stören suchten, fand er mit seinen äußerst sachlichen Darlegungen den ungeteilten Beifall der überaus stark besuchten Versammlung. Selbst von einem bürgerlichen Redner wurden die kommunistischen Zwischenrufer darauf aufmerksam gemacht, wie falsch ihre Krakeleierei sei, was zur Folge hatte, daß sie beschämt die Köpfe senkten und sich trotz wiederholter Aufforderung auch in der Diskussion hübsch still verhielten. Den breitesten Raum nahm in den Erörterungen die eigenartige Auffassung des Bürgermeisters Escher über seine Pflichten als Stadtoberhaupt ein, die bekanntlich dazu geführt hat, daß nicht nur die Arbeitervertreter, sondern auch der größte Teil der bürgerlichen Stadtverordneten ihre Mandate niedergelegt haben. Auf einen an die Merseburger Regierung gerichteten Antrag auf Eröffnung des Disziplinarverfahrens mit dem Ziele der Amtsentfernung ist bisher ein Bescheid nicht erteilt worden, obwohl sich zuerst sämtliche Mitglieder des Magistrats außerstande erklärten, für die lässige Handhabung der Dienstgeschäfte durch den Bürgermeister länger die Verantwortung zu übernehmen. Beschlüsse der Stadtverordneten wurden entweder überhaupt nicht oder nur recht lässig ausgeführt, wodurch die Stadt wiederholt erheblichen finanziellen Schaden erlitten hat. Bezeichnend für die geistige Einstellung gewisser Kreise des Stolberger Bürgertums ist die Tatsache, daß einige Kleinhandwerker und Krämer, die den tagelang nicht auf dem Rathause anzutreffenden Bürgermeister zuerst mit am schärfsten angriffen, jetzt plötzlich umgefallen sind, indem sie ihm wieder das Vertrauen bekundeten. Trotz aller Machinationen steht fest, daß der größte Teil der Einwohnerschaft jegliches Vertrauen zu dem jetzigen Stadtoberhaupt verloren hat und seinen sofortigen Rücktritt sowie die Neuwahl des Stadtparlaments fordert. Das bestätigte auch die Aussprache, die durch den Eintritt der Polizeistunde leider eine unerwünschte Störung erfuhr. Die VSPD. hat in dem Kampfe um eine vernünftige, im Interesse der Allgemeinheit gelegene Rathauspolitik die Führung übernommen; sie wird ihn auch mit Erfolg durchzuführen verstehen.

An unsere Postbezieher

richten wir das dringende Ersuchen, noch heute

das Bezugsgeld für März: 2000 Mark

(Nachzahlung vorbehalten), soweit die Einzahlung nicht mittels Zahlkarte auf unser Postscheckkonto 20319, Postscheckamt Erfurt, erfolgt, dem Postboten oder zuständigen Postamt zu übermitteln. Nur in diesem Falle ist das pünktliche Eintreffen der Zeitung am 1. März gewährleistet. Wir legen auf Beachtung dieser Mitteilung besonderen Wert, weil wir gegen Monatswechsel mit dem Abdruck des neuen Romans aus unserem Mansfelder Heimatsbezirk,

„Die ewig Hungernden"

beginnen.

Verlag „Volksblatt" G. m. b. H.

Schwere Bluttat zweier Einbrecher.

Eine Verbrecherjagd durch den Schweinitzer Kreis.

Am Mittwochfrüh wurden zwei Einbrecher in Jessen gestört, als sie im Begriff waren, in ein Fahrradgeschäft einzubrechen. Die Schaufensterscheibe war bereits eingedrückt. Die Einbrecher, welche in Richtung Schweinitz flüchteten, versteckten sich in der Scheune des Landwirts Heusch, ohne zu wissen, daß sie durch zwei junge Leute verfolgt wurden. Diese begaben sich zu dem Besitzer der Scheune und meldeten ihm, daß zwei Einbrecher darin versteckt wären. Als Heusch sich mit seinem Sohn in die Scheune begab, eröffneten die Einbrecher sofort das Feuer auf die Eintretenden. Heusch selbst wurde durch Brustschuß lebensgefährlich, sein Sohn durch zwei Beinschüsse leichter verletzt. Nach dieser Bluttat flüchteten die Einbrecher. Von Schweinitz aus wurde sofort durch Fernsprechvermittelung eine systematische Verfolgung durch die einzelnen Landjäger des Kreises eingeleitet. Da sich die Kunde von der schweren Bluttat sehr schnell verbreitete, beteiligte sich auch die Bevölkerung lebhaft an der Einkreisung der Verbrecher. Von Schweinitz waren die Einbrecher unter Zurücklassung von Rucksäcken, Mützen usw. in Richtung Reicho geflüchtet. Dort waren sie jedoch nicht angekommen, sondern hatten sich nach Schönewalde gewandt. Auch hier trafen sie nicht ein, sondern waren eben im Begriff, Freywalde zu betreten, als sie von einem Gutsbeamten angerufen wurden. Da sie nicht standen, schoß dieser dem einen eine Ladung Schrot in die Beine und man konnte ihn daraufhin festnehmen. Der andere zog seinen Ueberzieher, der ihn auf der Flucht hinderte, aus, warf ihn fort und flüchtete in Richtung Jüterbog. Am späten Nachmittag konnte er jedoch noch in Ahlsdorf verhaftet werden. Es handelt sich um zwei Berliner Einbrecher.

Piesteritz. Aus der Gemeindevertretung. Am Montag fand eine Sitzung statt. Der Umbau der Transformatorenstation in der Knabenschule wurde, da die Schule in nächster Zeit vergrößert werden soll, nicht genehmigt. Die Anlage soll aus der Schule entfernt werden. Die Gemeinde wird Gelände zur Errichtung einer Anlage zur Verfügung stellen. Der Eisenbahndirektion in Halle wird die Genehmigung zur Errichtung eines Empfangsgebäudes und Wohnhauses auf Piesteritzer Flur erteilt. Ueber einen Geländeaustausch zwischen der Gemeinde und den Mitteldeutschen Stickstoffwerken sollen noch weitere Verhandlungen stattfinden. Das „Volksheim" wird von dem Verein „Volksheim" in den Besitz der Gemeinde übergehen. Infolge der schlechten finanziellen Verhältnisse ist es der Gemeinde nicht mehr möglich, Pferde und Wagen zu erhalten. Sie sollen verkauft und der Erlös im Interesse der Gemeinde verwendet werden. Der Pferdestall und der Heuboden sollen zu Wohnungen ausgebaut werden. Zur Bewilligung der Kosten für die Schuluntersuchung soll der Gemeindevorsteher nochmals mit den Aerzten verhandeln. Die Zuschüsse für die Kranken und Spielschulschwestern wurden der Teuerung entsprechend erhöht. Der Antrag des Vaterländischen Frauenvereins auf Uebernahme der erhöhten Krankenhauskosten für die Schwester Wolf wurde abgelehnt.

Liebenwerda. Ein interessanter Diskussionsabend. Unsere Partei hielt am Freitag einen in allen Teilen sehr gut und anregend verlaufenen Diskussionsabend ab. Genosse M. K. Fitzkow hielt ein einleitendes Referat über „Die Stellung unserer Partei zu Nationalität und Internationalität". Er ging von jenem bekannten Satz des Kommunistischen Manifests aus: „Der Arbeiter hat kein Vaterland!" Er ließ diesen Satz nur soweit gelten, wie die Arbeiter die Nation nicht als Aktivum besitzen. In dieser Lage hat sich die Arbeiterklasse Deutschlands im Vornovember befunden. Die Stellung der Sozialisten war aus diesem Grunde im wesentlichen auf Opposition gegen den Staat und schärfere internationale Orientierung beschränkt. Diese Sachlage hat sich mit der Revolution grundlegend geändert. Durch die Weimarer Verfassung ist die Arbeiterklasse vom Objekt der Staatsgewalt zum Objekt und Subjekt zugleich geworden. Das bedingt eine neue Einstellung zum demokratischen Staat. Die verantwortliche Teilnahme an der Staatsgewalt erfordert notwendig eine bewußte und bedingungslose Bejahung dieses Staates. Und da dieser Staat gegenwärtig und in der Zukunft nur sein kann als demokratische Republik, muß das ganze Bestreben der Arbeiterklasse darauf gerichtet werden: die Erhaltung und Verteidigung der Verfassung und ihren Ausbau nach der sozialen Seite im Sinne sozialistischer Grundsätze. Die Internationale sehen wir darum nicht in einer Auflösung der Vaterländer, sondern als eine Arbeitsgemeinschaft aller Nationen in friedlicher Arbeit und Hervorbringung hoher Kulturgüter, was nur möglich sein kann durch Bekämpfung jedes Imperialismus und Nationalismus. Genosse Landrat Vogl sprach hierauf über den Gegensatz der bürgerlichen und sozialistischen Auffassung vom nationalen Staat und ging näher kritisch auf die Einzelheiten der Internationalität des Sozialismus, namentlich im Vornovember, ein. Es sprachen noch die Genossen Haberland, Reidert, Tallei, Falkmaier und Seehof. Die Debatte stand auf erfreulicher geistiger Höhe und wurde durch Vorlesen eines Kapitels aus Bürgels Buch „Menschen untereinander" in würdiger Weise geschlossen.

Elsterwerda. Die Kommunisten im Gewerkschaftskartell. In der letzten Sitzung des Gewerkschaftskartells wurde der neue Vorstand gewählt. Die kommunistische Mehrheit konnte wohl Kritik über alle Maßen an der bisherigen Tätigkeit des Genossen Hinterlach üben, war aber nicht in der Lage, einen wirklich fähigen Vorsitzenden zu stellen. Der gewählte Kollege sagte, daß er dem Posten nicht gewachsen sei. Kritisieren ist ja auch leichter als arbeiten. Wegen der Ruhrhilfe gab es gleichfalls stürmische Auftritte. Die Namen der Genossen Hinterlach und Vogel waren unter einen Aufruf betreffend die Ruhrspende Vogel waren unter einen Aufruf an alle Bürger in Elsterwerda, die Ruhrspende betreffend, gesetzt worden, ohne daß die betreffenden Genossen den Aufruf zu Gesicht bekamen. Trotzdem die Genossen sofort veranlaßten, daß die Unterschriften illusorisch gemacht wurden, konnten es sich die KPD.-Kritikaster nicht verkneifen, ihre „geistreichen" Glossen darüber zu machen. Ein Antrag des Genossen Hinterlach, eine eigene Sammlung für die betroffenen Arbeitsbrüder an der Ruhr vorzunehmen, wurde von der KPD.-Mehrheit ebenfalls abgelehnt. Die Arbeiterschaft mag sich diese mangelnde Hilfsbereitschaft für alle Fälle merken. Die Arbeiterschaft Elsterwerdas wird dafür sorgen, daß in der kommenden Zeit das hiesige Gewerkschaftskartell kein Tummelplatz für kommunistische Parteitaktik mehr sein kann.

Kleine Nachrichten.

Delitzsch. Mit 55 Millionen Mark sandte ein hiesiger Viehgroßhändler seinen 14jährigen Jungen nach Elbing. Dieser wurde in Berlin in Schutzhaft genommen. — **Nordhausen.** Eine große Erntescheune mit Millionenwerten ungedroschenen Getreides ist auf dem Schreiberschen Gutshofe niedergebrannt. — Die Strafkammer bestätigte die vom Schöffengericht Heiligenstadt ausgesprochene Verurteilung des dortigen Schlächters K. Siebold wegen Preistreiberei zu zwei Monaten Gefängnis, 20 000 Mk. Geldbuße und Beschlagnahme von 13 Holzkisten mit zusammen 6½ Zentner Schmalz. Er hatte das Schmalz zu 18 Mk. eingekauft und einige Monate später mit 800 Mk. das Pfund verkauft. — **Parey a. E.** Von seiner 18jährigen Stieftochter erschossen wurde der Schiffer Kraehe, als er wieder einmal gar zu liebenswürdig wurde. — **Förderstedt.** Im Frost setzte sich die Handwerkersfrau Paul an der Landstraße auf einen Stein, schlief ermüdet ein und erfror.

Aus der Jugendbewegung.

März-Programme der Soz. Arbeiter-Jugend.

Halle.

Gruppe Nord: Donnerstag, 1. März: Mitgliederversammlung. Donnerstag, 8. März: Brettspiel- und Liederabend. Donnerstag, 15. März: Vortrag „Was war uns Karl Marx?" Donnerstag, 29. März: Diskussionsabend „Das Weltall". Sonntag, 4. März: Nachmittagswanderung. Sonntag, 11. März: Fahrt nach der Kopziger Bergen. Sonntag, 18. März: Frühlingsfahrt in die Aue. Sonntag, 25. März: Wanderung nach Neu-Ragoczy.

Gruppe Süd: Donnerstag, 1. März: Vortrag „Thomas Morus und seine Utopia". Donnerstag, 8. März: Zeitungsabend. Donnerstag, 15. März: Goetheabend. Donnerstag, 29. März: Brettspielabend. — Gemeinsame Veranstaltungen: Jeden Montag Turnen und Spielen in der Giebichensteiner Turnhalle. Jeden Freitag Musikstunde im Jugendheim, Weidenplan 20. Donnerstag, 22. März: Republikanische Feier im Reform-Realgymnasium. Der Vorstand.

Eilenburg.

Sonntag, 4. März: Spielabend. Mittwoch, 7. März: Unsere Jugendfeier. Referent Genosse Lehmann. Sonntag, 11. März: Monatsversammlung. Mittwoch, 14. März: Fahrtenberichte. Sonntag, 18. März: Märzfeier. Mittwoch, 21. März: Vortrag „Vom Deutschen Reichstag". Sonntag, 25. März: Jugendfeier im „Schützenhaus". Mittwoch, 28. März: Vortrag über unsere Pfingstfahrten. Referent Genosse Reinhardt. Freitag, 30. März: Einführung der Konfirmanden. Genossinnen und Genossen, bringt alle Konfirmanden mit! Der Vorstand.

Vermischtes.

Bombenattentat auf eine Hochzeitsgesellschaft.

Die Braut getötet, vier Gäste verwundet.

Wie aus Braunau am Inn berichtet wird, hat ein 18jähriger Nationalist bei der Hochzeit eines jüdischen Lederhändlers eine Bombe geworfen. Die Braut ist den Verletzungen erlegen. Außerdem wurden vier weitere Personen verwundet. Der Attentäter sagt aus, daß er die ganze Hochzeitsgesellschaft in die Luft sprengen wollte.

Zum Tode verurteilt. Aus Lüneburg wird gemeldet: Der 20jährige landwirtschaftliche Arbeiter Heinemann hatte am 16. Januar seine Dienstherrin, die Frau des Landwirts Heers in Lingwedel (Kreis Isenhagen) mit der Mistgabel in grauenhafter Weise ermordet. Heinemann wurde vom Schwurgericht zum Tode verurteilt.

Eine Fahrkarte für 2½ Millionen Mark. Eine Fahrkarte für mehr als 2½ Millionen Mark gibt die Reichsbahn vom 1. März an aus. Sie kostet 2 597 000 Mk. Es ist dies eine Reichsbahnnetzkarte erster Klasse für 45 Tage. Für 30 Tage kostet sie 1 733 000 Mk.; zweiter Klasse ist eine solche Karte für 45 Tage schon für 1 301 000 Mk. zu haben, für 30 Tage für 869 000 Mk. — Man kann gespannt darauf sein, wer diese „preiswerten" Karten ersteht und wieviel davon abgesetzt werden.

Hast Du Dich schon an der Unterstützung eines Parteiblattes beteiligt?

2. Quittung

1. an nicht zurückzahlbaren Beträgen:	
O. Triest, Schweinitz	1000 M.
H. Nagelschmidt, Freiroda	1000 „
C. Schirnau, Bitterfeld	400 „
O. Keitel, Löbnitz (L.)	1000 „
Koslowski, Halle	1000 „
R. Z., Halle	1000 „
Mitgl.-Vers. d. VSPD., Ammendorf	2041 „
Desgl. in Rottleberode	300 „
Ein Konrektor in Halle	1000 „
A. Kathe, Burkersroda	2000 „
W. B., Braunsdorf	1000 „
W. Kluge, Kemberg	500 „
Th. Schick, Braunsdorf	1000 „
Ungenannt, Braunsdorf	500 M.
O. Gehre, Bebra	100 „
2. an zinsfreiem Anteil:	
Hentrich, Eisleben	3000 „
Gerlach, Halle	4000 „
Ortsverein d. VSPD., Niemegk	500 „
F. R., Halle	5000 „
Bereits quittiert	400 332 „
Sa.:	426 673 M.
Stv.-Fraktion in Eisleben für die „Mansfelder Volkszeitung"	6400 „
Gesamtsumme:	433 073 M.

Zahlungen wolle man auch weiterhin an unser Postscheck-Konto 208 19 (Postscheck-Amt Erfurt) oder an uns direkt richten.

Verlag „Volksblatt", G. m. b. H.

Verantwortliche Redakteure: Für Politik und Wirtschaft: H. O. H. Schulz, für Halle und Saalkreis sowie für Gewerkschaftliches: i. V. Herm. Lange; für den provinziellen Teil: Karl Garbe; für das Feuilleton: Hermann Lange; für den Anzeigenteil: Wilh. Herzig. Verlag: Volksblatt G. m. b. H. Druck: Hallesche Genossenschaftsbuchdruckerei, e. G. m. b. H. Halle/Saale, Harz 42/44.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230224-16/fragment/page=0007

Unterhaltungsteil

Souchna.

Von Oskar Schönberg.

Zwei Hügel liegen im gelben Sand. Und zwischen den Ackerbreiten unlängs des Waldes jubelt eine aufsteigende Lerche.

Die ersten fahlgrauen Schatten legen sich weich um die fast verfallenen Hügel, die weder Kranz noch Kreuz schmückt.

Still ist die Stätte, so still, als wäre nie hier pulsierendes Leben gegangen, als hätte nie eines Menschen Auge blühende Schönheit aus satter Schöpfungpracht getrunken.

Manchmal nur irrt eines Wanderers Fuß über die Stätte. Und seiner Blicke staunendes Leuchten schmückt die tiefe Vergessenheit mit neuer Gegenwart. Dann ist es wohl auch, daß die Seelen der hier Ruhenden leise Gesänge anheben und über die Gräber ein Zittern geht, daß dem lauschenden Wanderer Kunde werde von vergangenen Zeiten!

Im nahen Bickbusch klagt und mahnt es, niederzuknien! Die hier ruhen, sind gesegnet von Gott und wandeln in seinem Frieden.

Täglich tönt in die Gräbereinsamkeit der dumpfe Laut rufender Glocken. Dann fährt zuweilen der Wind über die Hügel, als wolle er etwas fortwischen — und je länger und eindringlicher der Ruf der Glocken hallt, je zorniger braust der Wind über die Stätte.

Und die Seelen der Toten wimmern und stöhnen. Und klagen um Unrecht und Schande!

„Es geht um!" Im Dorfe raunen sie es schon lange. Und sie meiden den Ort, oder schlagen ängstlich drei Kreuze, wenn doch einmal die Stunde sie zwingt, vorüberzugehen.

Es war aber auch eine seltsame Geschichte. Und noch heute weiß kein Mensch, auf welcher Seite das Recht war.

Mit dem Frühling waren sie gekommen. Lustig, munter wie die gefiederten Sänger aus dem Süden. Der letzte Schnee war längst unter dem Kusse der goldenen Lenzsonne geschmolzen, und auf dem Dorfplatz stand, zerrissen und beschmutzt, das Zelt der Fremden. Es war eine bunte Gesellschaft, ewig hungrig und ewig zudringlich.

Aber sie waren harmlos.

Und die Dorfjugend bestaunte sie.

Fahrend Volk! — Zigeuner! — Wirkliche Zigeuner!

Braun, kräftig, halbnackt!

Ihre dunklen Augen jagten den Kindern Schrecken ein, ihre tollen Späße aber belustigten sie! Das ganze Dorf, des ewigen Einerleis müde, froh des vergangenen harten Winters, sah sie gern.

Die Dirnen verstanden zu tanzen.

Hei! — — Hei! — —

Und die Burschen fühlten ihre Herzen erbeben!

Jan aber, dem Großknecht vom Rot-Weiß-Hof, gefiel die schlanke, schwarze Souchna sehr. Er gab ihr Geld und zu essen, und sie tanzte — tanzte, bis die purpurne Sonne im letzten Flammenkuß erstarb.

Am Abend aber küßte sie ihn.

Denn ihr Herz hatte ihn erwählt, weil er stark war und seine Umarmung sie schmerzte. Und sie vertraute ihm.

Heimlich, wenn das Gasthaus am Dorfplatz voller Lärm war und die Zigeuner zum Tanz aufspielten, suchten Souchnas Augen den Geliebten. Ihr Herz war nicht beim Tanz, ihr Herz war bei Jan und ihre Seele sang der seinen wilde, feurige Liebeslieder.

Dann hielt es Souchna nicht mehr.

Draußen zeigte sie dem Großknecht ihr ganzes Herz, und er lachte, und trank ihr Herzblut, trank es und trank.

Und Souchna fand das Glück, sie fand es am Wege, wie alle ihre Schwestern.

Die Sonne stieg höher von Tag zu Tag und die Wochen vergingen.

Die Zigeuner rüsteten.

Souchna saß vorm Zelt und rüstete. Starr schaute sie hinüber zum Rot-Weiß-Hof. Sie wartete auf Jan. Und sie wartete schon lange.

Tage? — — Wochen? — —

Was wußte Souchna von der Zeit. Sie zählte das Leben nur nach den Stunden des Glücks.

Und sie wartete. Sie warte noch, als schon der Wagen die Brüder und Schwestern entführte. Aber am Abend, da stand sie vor Jan. Sie bat. Sie schmiegte ihren jungen Körper an seine Knie — und er lachte. Da wurde sie zornig. Sie drohte. Und Jan schlug den braunen weichen Mädchenkörper.

Souchnas Liebe starb beim ersten Schlag und der Haß wurde geboren in ihrer Seele.

Dann ging sie — langsam — und zählte die Schläge, die Jan ihrer Liebe schlug.

Ihre Spur aber beleuchtete der grelle Flammenschein, den sie mit grimmigem Hohn in den Rot-Weiß-Hof geworfen.

Die Nacht nahm sie auf. Aus dem Dunkel starrte sie hinüber und lachte hart zu dem wirren Spiel des knackenden Feuers.

Sie suchte Jans Seele in der Lohe.

Die Bauern jagten, als nichts mehr zu retten war, den Zigeunern nach. Die Toten forderten Sühne.

Souchna barg eilig Jans totes Herz in dem ihren und schritt hinweg.

Nur ihre Liebe ließ sie schweben über dem schwelenden glutheißen Trümmerhaufen.

•

Die Zigeuner wurden bald überrascht. Im nahen Dorfe trieben sie ihre tollen Schwänke, nichtsahnend und ohne Sorge um heute und morgen. Rauh stieß man sie vor sich her und man schlug sie.

Souchna war nicht unter ihnen.

Souchna war in die Welt gewandert. Ihr trug das Beieinandersein mit den Ihren keine Früchte. Sie suchte und suchte etwas und konnte nicht finden, was sie suchte. Nur ihre Seele tat weh vor Sehnsucht. Und die Nächte peinigten ihren Körper.

— — So ging die Zeit! — —

Von dem fahrenden Volk hat sich vieles gerettet, ist geflüchtet — dahin und dorthin — nirgends ein Ziel — nirgends Rast!

Nur Souchnas Vater und Mutter sind geblieben.

Zwei Schwestern.

Die Kanone sprach zur Glocke:
„Immer locke, immer locke!

Hast dein Reich, wo ich es habe,
hart am Leben, hart am Grabe.

Strebst umsonst, mein Reich zu schmälern,
bist du ehern, bin ich stählern.

Heute sind sie dein und beten,
morgen sind sie mein und töten.

Klingt mein Ruf auch unwillkommen,
keiner fehlt von deinen Frommen.

Beste, statt uns zu verlästern,
laß uns einig sein wie Schwestern!"

Drauf der Glocke dumpfe Kehle:
„Ausgeburt der Teufelsseele,

wird mich erst der Rechte läuten,
wird es deinen Tod bedeuten."

Christian Morgenstern.

Und mitsammen sind sie gegangen aus dem Gewahrsam in den Tod. Die Menschen nahmen ihnen das Leben, die Menschen, die ihnen nicht glaubten.

•

Nun geht im Sommer der Wind über ihre Gräber und manchmal singt ein Vogel ihnen zum Schlummer. Sie aber liegen starr — stumm — Und keiner weiß um ihre Not.

Wenn aber der Wind gar zu arg stöhnte und ächzte in den Blättern des Bickbusches, dann sagen die Leute: es geht um bei den Hügeln. Und sie schlagen ein Kreuz und finden keine Ruhe des Nachts.

Sommer um Sommer geht so dahin. Der Wind hat Souchnas Spur verweht. Nur wenig noch erinnert man sich der wahren Begebenheit. Doch Angst und Aberglauben herrschen unter den Leuten.

Und wieder im Frühling. Da kam ein altes runzliges Weiblein ins Dorf. Von Hof zu Hof, von Tür zu Tür erbettelte sie Gaben und Unterkunft. Aber am Rot-Weiß-Hof stand sie lange und ihre Augen sprühten.

Ueber ihre Lippen gingen unverständliche Laute — bald klagend, bald haßdurchgittert. Die Leute aber wunderten sich und spotteten über sie.

Da humpelte die Alte fort.

Und bei den Gräbern saß sie dann lange Tage und sang fremdländische Lieder, um die Seelen der Toten mit Milde zu erfüllen.

Souchna hatte sich heimgefunden.

Sie brachte Jans totes Herz zurück. Und sie suchte eine Heimat für ihre Seele.

Und eines Tages, da fand man sie.

Ueber den geschmückten Hügeln lag Souchna, weich gebettet zwischen frisch gepflückten Blumen, und der erste warme Morgensonnenstrahl küßte ihre bleich gewordenen Lippen. Ein leiser linder Hauch aber nahm ihre letzten Klagelieder mit sich fort — weit — weit — in ein fernes schöneres Land — —.

Welt und Wissen.

Neues vom Mond. Ein Ingenieur und ein Astronom wollen herausgefunden haben, daß der Mond in 560 000 Jahren auf die Erde herabstürzen wird. Da wir das doch nicht mehr erleben werden, so wollen wir uns darüber keine Sorgen machen. Auch die aus Amerika kommende Meldung, es sei dem Professor William H. Pickering gelungen, auf Grund photographischer Aufnahmen nachzuweisen, daß es auf dem Monde Leben oder doch wenigstens Pflanzen in großer Zahl gebe, ist mit Vorsicht aufzunehmen. Bisher hat man als sicher angenommen, daß auf dem Monde keine Atmosphäre vorhanden sei. Jeder, der schon Sternbedeckungen durch den Mond betrachtet hat, kennt die Plötzlichkeit des Verschwindens und Wiederauftauchens der Gestirne am Mondrande, die nicht möglich sein würde, wenn auch nur die geringste Spur einer Gashülle vorhanden wäre. Durch ein Gas oder eine Mischung von Gasen (Luft) würde das Licht des Gestirns am Mondrande mehr oder weniger geschwächt und abgelenkt werden. Das Fehlen einer Atmosphäre hat aber die Wasserlosigkeit zur Voraussetzung; denn Wasser, auch in Form von Eis, würde verdunsten, also eine Atmosphäre erzeugen. Ohne Wasser und Luft können aber Organismen in unserem Sinne, d. h. Tiere und Pflanzen, nicht existieren, und sie würden auch auf der Erde aussterben, wenn Wasser und Luft verschwänden. Hinzu kommt noch ein drittes Moment, ohne das sich Organismen nicht entwickeln und erhalten können; die normale Wärme. Auf dem Monde herrscht während seines vierzehntägigen Tages infolge ungehinderter, intensiver Sonnenstrahlung ohne Zweifel eine sehr hohe Oberflächentemperatur, dagegen während seiner vierzehntägigen Nacht infolge heftiger Ausstrahlung eine unerhörte, nahe dem absoluten Nullpunkte (— 273 Grad C) liegende Kälte, zwei weitere Gründe, die die Existenz von lebenden Wesen völlig ausschließen.

Bücher und Schriften.

Sven Hedin: Tsangpo Lamas Wallfahrt. Band 2: Die Pilger. 346 Seiten mit Buchschmuck nach tibetanischen und mongolischen Motiven. Grundzahl: gebunden 5,7, in Ganzleinen 7,2. — Es gibt Menschen — vor allem sind es die mit ausgeprägtem künstlerischem Empfinden —, die eine Abneigung gegen literarische Arbeiten von Forschungsreisenden haben, mögen die darin behandelten Ergebnisse jahrelanger mühevoller Arbeit auch noch so wertvoll sein. Das liegt gewöhnlich daran, daß die meisten Forscher die Dinge gleichsam nur von außen sehen und nicht die Gestaltungskraft besitzen, das von ihnen Geschaute mit dem zu verbinden, was auch das innere Auge des Lesers zu erblicken vermag. Die beiden Bücher Sven Hedins: „Tsangpo Lamas Wallfahrt", „Die Nomaden" (die wir schon besprochen) und „Die Pilger" sind in dem Sinne eigentlich ganz etwas anderes als trockene Reisebeschreibungen; sie erschließen eine lebendige Welt.

In ihnen führt uns Hedin nach Tibet und in die Mongolei mit ihren himmelstarrenden Eisbergen, ihren endlosen Steppen und Sandwüsten, ihren riesenhaften Seen, mit ihren seltsamen Völkern und ihrer vielgestaltigen Priesterwelt. Die Erzählung „Die Pilger" ist dabei so spannend wie nur ein Roman Coopers. Ein tatendurstiger Jüngling aus mongolischem Fürstengeschlecht, in dessen Adern das Blut des Welteroberers Dschingis Chan rollt, entschließt sich nach harten Seelenkämpfen, in ein Lamakloster einzutreten, um sich Buddhas Dienst zu weihen. Nur schwer hat er sich losreißen können von der Liebe zu Dolma, der kühnen Tochter eines reichen Mongolen, die ihm heiße Gegenliebe entgegenbringt; auch nach Ablegung seines Mönchsgelübdes flackert die Liebe wohl noch einmal auf. Der Taschi-Lama, der höchste Geistliche in Tibet nächst dem Dalai-Lama, ist in Peking plötzlich gestorben; man sagt, durch Gift, das ihm der auf seine geistige Macht eifersüchtige chinesische Kaiser hatte reichen lassen. Die Leiche wurde von der Kaiserstadt feierlich hinaufgeleitet in die Gebirgshöhen Tibets, einen viel tausend Meilen langen Weg durch Steppe und Wüste und über Schneegebirge. Einige Jahre später zieht denselben von Gefahren aller Art umlauerten Weg eine lange Karawane frommer Pilger, die der letzten Ruhestätte des Heiligen zustrebt; ihren Schutz hat der junge Lama mit übernommen. Höchst eigenartig ist das Leben, das sich in immer neuen Bildern in immer neuer Umgebung zeigt, und Abenteuer an Abenteuer, eines spannender als das andere, reihen sich aneinander. Ein fesselndes Bild des Innenlebens der Völker Tibets und der Mongolei, die er in langen Jahren kennengelernt hat, malt uns Hedin. Die abgeklärte Ruhe, der Seelenfrieden, der nach vielen Prüfungen die Hauptpersonen der Erzählung durchdringt, eine Frucht der buddhistischen Lehre, tritt gerade in unserer ruhelosen Zeit besonders deutlich und wohltuend in Erscheinung. Das spannende Werk zeichnet sich auch aus durch seinen eigenartigen Buchschmuck nach tibetischen und mongolischen Motiven; es gibt ein ungefähres Bild von der Ausstattung der heiligen Bücher der Tibeter, die von der Geistlichkeit mit aller Sorgfalt gehütet werden und die dem Volk ein Gegenstand hoher Verehrung sind.

Der Band „Die Pilger" zeichnet sich, wie „Die Nomaden", dadurch aus, daß er nicht nur eine sehr gute Lektüre für die Jugend bildet, sondern mit seinen wissenschaftlichen und künstlerischen Werten gleichzeitig einen Schatz für den gereiften Leser darstellt.

Spätinghof.

58 **Roman von K. v. d. Eider.**

„Es gibt gräßlich viel Regen dies Jahr," hub er an.

„Ja, es gibt viel Regen."

„Das ist man schlecht fürs Pflugland."

„Ja, sehr schlecht."

„Die Wintersaat kommt all auf."

„Ja."

Niels machte noch einen letzten Versuch.

„Ob die Butter sich so im Preise hält?" Das war doch ein Thema für Weiber, aber auch dies schlug fehl.

„Ich weiß nicht," sagte Janne verlegen.

Jetzt gab Niels es endlich auf, sich mit der Stadtdeern zu unterhalten; ziemlich still legten sie die letzte Viertelstunde des Weges zurück. . . . .

„Nun, was sagst du?" fragte Mars, der bald nachgekommen war und jetzt sah, wie Niels die Pferde anspannte.

Niels machte ein krauses Gesicht. „Hm, eine ganz rare Deern," meinte er, „aber ob sie Roggen oder Weizen auseinander kennt, ist die Frage."

„Ach, das lernt sie, klug genug ist sie."

„Ja." Niels dachte nach, „sie sieht einer ähnlich, die ich gekannt habe, als ich noch Junge war, bloß die hatte braune Augen und schwarzes Haar. Sie war blaß und größer und viel ernster und lange nicht so plietsch; aber sonst ganz ähnlich."

Mars lachte. „Ja, wenn alles anders war, worin bestand denn die Aehnlichkeit?"

Niels kratzte sich hinter den Ohren. „Das weiß ich selbst nicht. Aber gräßlich ähnlich war sie ihr, und 'ne Maschine hatte sie auch."

Acht Tage blieb Janne Thomsen auf Harbekhof und rührte die flinken Finger. Die Maschine rasselte so laut, daß sie mitunter das Sprechen übertönte. Während der acht Tage hatte Mars Harbek Halsschmerzen und mußte in der Stube bleiben. In diesen acht Tagen zeigte Mars Harbek ein auffallendes Interesse für die Garderobe seiner Mutter. Die Maschine rasselte. Sie rasselte am lautesten, wenn Frau Harbek in der Küche war.

An dem Tage, an dem Niels Janne wieder nach Hause fuhr, ging Mars zum erstenmal ins Freie. Wieder stand er am Heck der Fohlenkoppel und wartete.

Mit einem Satz war er oben und hatte die Zügel ergriffen. Niels sah dem davonfahrenden Wagen nach. „Wenn das man gut geht," dachte er.

Mars und Janne saßen dicht nebeneinander.

Mars seufzte. „Deern, Janne," sagte er, „wie soll ich es nun ohne dich aushalten? Harbeks Hof wird mir ganz einsam und leer vorkommen."

„Du wirst dich daran gewöhnen."

Er schüttelte den Kopf. „Nein, ich weiß nicht mehr, wie das Leben ohne dich werden soll. Sag, Janne, willst du meine kleine Braut sein, bis ich dich als Bäuerin auf Harbekshof führen kann? Willst du mir treu bleiben?"

„Ja, Mars," entgegnete sie, „wenn ich dir nicht zu gering bin."

„Du bist das hübscheste und gescheiteste Mädchen, das ich kenne. Freilich, einen Kampf wird es geben."

„Deine Mutter," flüsterte das Mädchen zaghaft, „ich glaube, sie ist sehr stolz."

„Nein, stolz gerade nicht. Sie hat dich auch ganz gern. Sie kann sich nur nicht von der alten Sitte trennen; sie denkt, ein Bauernsohn muß notwendig eine Bauerntochter freien. Wir müssen uns hinter Niels stecken. Er muß uns helfen."

„Niels, der Knecht, was soll der dabei tun?"

„Niele gilt viel bei der Mutter; die tut nichts ohne seinen Rat. Niele ist ja so viel wie mein zweiter Vater."

„Ah, er ist schon lange bei euch?"

„Ueber zwanzig Jahre. Er war schon bei uns zu meines Vaters Zeiten und hat mich schon als Junge Huckpack auf seinen Rücken reiten lassen, all wie sauer es ihm wurde. Ich will dir erzählen, wie es gekommen ist."

„Ja, erzähle!"

„Es sind wohl fünfzehn Jahre her, da gab es im Winter Glatteis. Mein Vater wollte am Sonnabend zum Wochenmarkt nach Heide fahren, und Niele riet ihm ab."

„Es ist Glatteis, Bauer," sagte er, „die Pferde sind nicht scharf; wir wollen lieber erst nach dem Schmied gehen."

Da ist Niele zu der Mutter hereingekommen. „Halten ihn zurück," hat er gesagt, „es gibt ein Unglück!"

„Als die Mutter, die schon damals vieles auf Nieles Worte gab, herauskam, hatte der Vater schon angespannt und fuhr davon. Einige Stunden später brachten ihn ein paar Arbeiter von der Nachbarschaft. Auf dem Wege nach Dörpelhöhe hinab waren die Pferde zu Fall gekommen, der Vater war aus dem Wagen geschleudert und hatte eine schwere Wunde am Kopf bekommen."

„Er starb nach wenigen Stunden; aber vor seinem Tode kehrte die Besinnung noch einmal zurück."

„Niele, verlaß die Frau nicht. — Frau, halte dich an Niele. — Mars, höre auf ihn." Das sind seine letzten Worte gewesen . . ."

„Aber Janne, Liebchen, du weinst ja!"

Janne trocknete ihre Tränen.

„Erzähl weiter," bat sie.

„Ja, seit der Zeit ist Niele mehr Verwalter als Knecht gewesen. Was er sagte, das galt. Mutter tat nie etwas ohne seinen Rat. Ja, ich glaube, wenn Niele ein bißchen klüger und ein bißchen mehr auf seinen Vorteil bedacht gewesen wäre, er hätte leicht Bauer von Harbekshof werden können. Aber er blieb so wie er war. Das gerade rechnet ihm die Mutter auch so hoch an, daß er immer der Knecht geblieben ist, all wie hoch sie ihn stellte. Wenn einer uns helfen kann, so ist es Niele."

„Ob er das tut?"

„Ja, er tut es. Er hält ja so viel von mir. Ein wirklicher Vater könnte nicht mehr von seinem Jungen halten. Niele geht für mich durchs Feuer."

„Das ist Treue," sagte Janne mit einem tiefernsten Ausdruck in ihren kindlichen Zügen.

Hand in Hand saßen die beiden Liebenden. Immer langsamer ging der Braune, als wollte er die beiden jungen Leute diese Stunde des Glückes auskosten lassen.

Als sie endlich vor dem Häuschen in Hellingstedt anlangten, glühten Jannes Wangen wie Purpurrosen, und Mars Harbek sah aus, als wenn er sagen wollte: „Was kostet Hellingstedt? Ich kaufe es, aber Janne Thomsen muß drin sein!"

Mars Harbek hob sein Mädchen vom Wagen und dann die Maschine und folgte ihr ins Haus. Dann traten beide Hand in Hand vor die Mutter und Janne sagte: „Mutter, da ist mein Bräutigam; er heißt Mars Harbek."

Tine blieb auch jetzt schüchtern und verlegen. Sie wollte gern aufstehen, fühlte sich aber zu schwach und genierte sich ihrer Schwäche wegen.

„Ich bin eine arme, kranke Frau," flüsterte sie mit Tränen in den Augen.

„Du bist meine gute, liebe Mutter, die beste und süßeste, die es gibt," flüsterte Janne. „Bleib nur hübsch sitzen, du weißt doch, was der Doktor sagt, du mußt dich ruhen."

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17067526219230224-16/fragment/page=0008